Soester Kreisblatt

Soester Zeitung, Tageblatt u. General-Anzeiger, Publikationskraft für die Behörden

früher Wochenblatt mit allein rechtsverbindlicher des Kreises Soest / Gegründet 1819

Erscheint täglich morgens mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. / Bezugspreis monatlich 1.- G.-Mark. / Bei zeitweiligem Nichterscheinen infolge höherer Gewalt muß der Bezugspreis voll entrichtet werden. / Geschäftsstelle: Soest, Wiesenstr. 5. / Fernspr. 59. / Postscheck.: Hannover 22 539

Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeterzeile 8 Pfg., für Auswärtige 10 Pfg. Reklamen 50 Pfg. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kommt bei gerichtlichen Klagen in Fortfall. - Für Erfüllung von Platzvorschriften wird keine Gewähr übernommen. - Anzeigenannahme bis 6 Uhr abends

Nr. 94 — Freitag, den 22. April 1932 — 114. Jahrgang

Die großen Debatten in Genf

Tardieus auffallend plötzlicher Aufbruch

Im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz

wurde am Donnerstagvormittag die Aussprache über den englischen und jugoslawischen

Entschließungsentwurf zur sogenannten paritätischen Abrüstung

fortgesetzt.

Der kanadische Delegierte **Sir George Perley** sprach sich sehr entschieden für den englischen Antrag aus, während der norwegische Delegierte Colban den Grundsatz der paritätischen Abrüstung billigte, aber betonte, daß das Ausmaß seiner Durchführung späteren Verhandlungen vorbehalten werden müsse.

Der französische Delegierte

Paul Boncour

hielt eine längere Rede, in der er nach anerkennenden Worten für die Ausführungen des englischen Außenministers erklärte, es erscheine

der französischen Delegation nicht möglich, sich dem englischen Antrag anzuschließen.

Frankreich habe volle Sympathie für den Grundsatz der paritätischen Abrüstung, den es selbst in seinen Vorschlägen aufgestellt habe, als es die Ausstattung des Völkerbundes mit gewissen schweren Waffen vorschlug. Dieser französische Vorschlag entspränge nicht der Sorge um die eigene Sicherheit, sondern solle der allgemeinen internationalen Sicherheit dienen. Die Frage des Verbots gewisser Waffen biete eine einzigartige Gelegenheit, der internationalen Gemeinschaft mehr Macht zu geben. Dieses Ziel sei erstrebenswerter als die bloße Zerstörung von Material, auf das die Abschaffung schlechthin hinauslaufen würde. Paul Boncour brachte den französischen Vorschlag in Verbindung mit dem Abkommen über die Finanzhilfe für angegriffene Staaten, die doch offenbar dazu bestimmt sei, die Anschaffung von Material zu ermöglichen. Er verlangte schließlich für die Entschließung über die qualitative Abrüstung eine Form, die die Berücksichtigung der französischen Vorschläge nicht ausschließt.

Der Eindruck der Rede Boncours

Die in ihrer Argumentation schwache, mit einer gewissen Nervosität vorgetragene Rede Paul Boncours operierte mit den altbekannten Gründen gegen die englische These auf Abschaffung der schweren Angriffswaffen. Die Argumentation Boncours war in keiner Weise stichhaltig. Er gestand durch seine Ausführung den besonderen und gefährlichen Charakter der Angriffswaffen mit Ausnahme der Tanks zu. Die Möglichkeit einer Humanisierung des Krieges wurde von dem Redner geleugnet. Von besonderer Bedeutung war die ihm offenkundig entschlüpfte Anerkennung, daß die Sicherheitsfrage nicht nur besondere Staaten interessiere, sondern eine Generalangelegenheit der Völker sei. Im Gegensatz zu der französischen These besteht Deutschland auf der Prüfung der Frage, ob die von Frankreich vorgeschlagene Internationalisierung der schweren Angriffswaffen überdies eine Abrüstungsmaßnahme im Sinne des Artikels 8 darstelle.

Nach Paul Boncour hielt

der amerikanische Botschafter Gibson

eine mit großem Beifall aufgenommene Rede, die die verschiedenen Bedenken der französischen Gruppe entkräftete und ihnen den Gedanken der praktischen Arbeit gegenüberstellte. Gibson wies darauf hin, daß die amerikanische Anregung auf Abschaffung gewisser schwerer Waffen des Landkrieges keine ausgesprochen amerikanische Initiative, sondern nur die Zusammenfassung aller der Bestrebungen darstelle, über die sich seit Beginn der Konferenz eine weitgehende Uebereinstimmung der Auffassungen gezeigt habe. Mit Bezug auf das französische Argument der Verbundenheit der Rüstungskategorien erklärte Gibson, auf dem Gebiete der Flottenrüstungen sei die Beschränkung und Herabsetzung seit 10 Jahren eine Tatsache; es sei nur logisch, jetzt den gleichen Fortschritt auch auf dem Gebiete der Landrüstungen zu machen. Es sei das Bestreben gewesen, in derjenigen Frage, in der bisher das größte Maß von Uebereinstimmung hervorgetreten sei, praktische Ergebnisse zu erzielen und dadurch weitere ähnliche Vereinbarungen anzuregen.

Die Oeffentlichkeit fange an, die Befürchtung zu hegen, daß die Konferenz allen praktischen Entscheidungen aus dem Wege zu gehen versuche.

Die Annahme der von Sir John Simon vorgeschlagenen grundsätzlichen Entschließung würde diese Befürchtung zerstreuen und gleichzeitig auch die Sorge beschwichtigen, daß die Erwähnung des Artikels 8 in den vorhergehenden Entschließungen als Grundlage für die Zurückdrängung der in diesem Artikel nicht besonders erwähnten qualitativen Abrüstung dienen könne. Der einfache englische Entwurf verdiene den Vorzug und finde die volle Zustimmung der amerikanischen Delegation.

Der weitere Verlauf der Debatte

brachte der englisch-amerikanischen Initiative insofern einen großen Erfolg, als

fast sämtliche Redner sich vorbehaltlos für das Prinzip der Abschaffung der schweren Angriffswaffen aussprachen.

Es zeigte sich, daß der offenkundige und in der Rede Paul Boncours wieder zum Ausdruck gekommene Widerstand der französischen Delegation gegen diesen Vorschlag in der Debatte nur von einer kleinen Minderheit geteilt wird. Selbst **der Vertreter Japans** erklärte sich mit dem Prinzip einverstanden. Der englische Vorschlag wurde vorbehaltlos angenommen von den Vertretern **Irlands, Südafrikas, Indiens, Hollands, Chinas und Schwedens.**

Der schwedische Außenminister Baron Ramel billigte den englischen Vorschlag. Auch der schweizerische **Bundespräsident Motta** befürwortete den englischen Vorschlag und bemühte sich, auch die französische Delegation zur Annahme zu bewegen. Der englische Vorschlag sei geeignet, ein Minimum an Erfolg für die Konferenz zu sichern, die Wiederherstellung der Gleichberechtigung unter den Staaten anzubahnen, und sie würde auch die Verwirklichung der qualitativen Abrüstung in der von Frankreich gewünschten Form nicht ausschließen.

Zum Schluß schickte die französische Gruppe einen ihrer rhetorisch geschicktesten Vertreter, den rumänischen Delegierten **Titulescu**, vor, der von einer Entschließung über die qualitative Abrüstung verlangte, daß sie einerseits der künftigen Beschlußfassung über die Methoden nicht vorgreife und andererseits aber nicht nur in einem platonischen Wunsch bestehen dürfe. Mit dieser Begründung, offenbar nur zu dem Zwecke, um eine Abschließung in der Sitzung zu verhindern, legte Titulescu unter Berufung auf 14 Delegationen einen umfangreichen

Entschließungsentwurf

vor, der weniger eine Willenskundgebung des Ausschusses als eine mit vielen Vorbehalten umgebene Aufstellung der verschiedenen in der Kommission hervorgetretenen Tendenzen enthielt und vor allem den Versuch machte, den Begriff der Sicherheit auch bei dieser Frage einzuführen.

Litwinow, der außerhalb der Rednerreihe das Wort ergriff, nannte diese Resolution eine Irresolution und sprach sich lebhaft für die englische Entschließung aus, die den Weg auch zur qualitativen Abrüstung, der Hauptaufgabe der Konferenz, freilasse.

Die Debatte wird am Freitag fortgesetzt.

Brüning und Macdonald in der Sitzung

Im Verlauf der Sitzung erschien kurz nach 11 Uhr der deutsche

Reichskanzler Dr. Brüning

und nahm den Platz des ersten deutschen Delegierten ein. Er wurde von mehreren Delegierten und besonders herzlich von Sir John Simon begrüßt. Unmittelbar darauf folgte der englische

Premierminister Macdonald,

der ebenfalls von einzelnen Delegierten herzlich empfangen wurde. Man bemerkte, daß Macdonald und Brüning, die sich hier in Genf zum ersten Male seit ihrem letzten Zusammentreffen in Berlin sehen, besonders herzliche Worte der Begrüßung austauschten. Macdonald nahm dann bei Sir John Simon Platz, der gleich darauf veranlaßte, daß mit Rücksicht auf das Augenleiden des englischen Premiers die großen Fenster des Sitzungssaales abgeblendet wurden.

Tardieus Reise nach Genf

Der Grund

Ueber die Gründe der Reise Tardieus nach Genf verbreitet die Agentur Havas eine Darstellung ihres Genfer Vertreters, in der für Freitag die Intervention Paul Boncours oder Tardieus in der Abrüstungsdebatte angekündigt wird. Der Gedanke, gewisse Waffen zu verbieten, heißt es in der Meldung, sei gewiß für die nichtunterrichteten Massen verführerisch. Aber er helfe nichts oder fast nichts, wie die Franzosen und ihre Freunde beweisen würden. Deshalb habe Frankreich vorgeschlagen, diese Waffen zu internationalisieren. Frankreich sei durchaus nicht gegen den Grundsatz der qualitativen Rüstungseinschränkung oder Herabsetzung, wie seine Vorschläge bewiesen. Nur sei die Frage, wie dieser Grundsatz angewendet werden würde, und hier komme für die französische Delegation die Sorge um die Sicherheit zur Geltung. Deshalb sei Macdonalds und Tardieus Ankunft in Genf so opportun wie nur irgendmöglich.

Ueber die Gründe des plötzlichen Entschlusses des französischen Ministerpräsidenten Tardieu, nach seiner Unterredung mit Macdonald gleichzeitig mit diesem die Reise nach Genf anzutreten, berichtet das „Journal", der Entschluß Tardieus habe diejenigen nicht überrascht, die die Vorgänge der letzten drei Tage in Genf verfolgt und begriffen hätten. Man stehe vor einer Entschließung, die der englische Vertreter im Einvernehmen mit dem amerikanischen Vertreter in Genf verteidige und die der internationalen Organisierung der Sicherheit zuwiderlaufe. Es sei klar, daß dieser Vorschlag Gegenstand der Unterredung Tardieus mit Macdonald gewesen sei, und weil diese Aussprache dem französischen Ministerpräsidenten nicht die Beruhigungsgründe gebracht habe, die er davon erwarten zu können glaubte, habe er sich entschlossen, selbst nach Genf zu reisen.

Ueberraschung in Genf

Die Genfer Konferenzkreise wurden durch die Nachricht ziemlich überrascht, daß Tardieu, der ursprünglich erst am Freitag in Genf eintreffen wollte, bereits am Donnerstagvormittag mit dem britischen Premierminister Macdonald nach Genf kam.

Genfer Besprechungen Tardieus

Aus Genf wird gemeldet: Tardieu hatte am Donnerstag Unterredungen mit dem Reichskanzler, mit Stimson und mit Macdonald. Abends wollte er die Vertreter der Kleinen Entente empfangen. Seine Abreise wurde für Freitag festgesetzt, so daß zweifelhaft ist, ob er am Freitag im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz das Wort ergreifen wird, um einen Vorstoß zu unternehmen, der nach Auffassung mancher französischer Kreise für das Schicksal der französischen Vorschläge überhaupt entscheidend sein könnte.

Frankreichs Vorstoß gegen die Zivilluftfahrt

In einem Artikel über die Genfer Abrüstungsverhandlungen bezeichnet die „Germania" den Vorstoß Frankreichs zur Internationalisierung der Zivilluftfahrt als geradezu grotesk. Ausgerechnet ein Land, dessen Luftwaffe die stärkste der Welt ist und die englischen und italienischen Luftkampfmittel zusammengenommen quantitativ überragt, will uns glauben machen, so schreibt das Blatt, daß es begründete Furcht vor der zivilen deutschen Luftfahrt hat.

Die Gesamtzahl der in Deutschland startfähigen Zivilflugzeuge beträgt kaum 800. Die Gesamtzahl der startfähigen französischen Kriegsmaschinen aber beläuft sich auf nahezu 3000 Stück!

Nein, Deutschland muß jede Unterhaltung über die Frage der zivilen Luftfahrt ablehnen, solange noch eine einzige Kriegsmaschine den Aether unsicher macht, und selbst dann hat Deutschland einen Anspruch darauf, zu verlangen, daß außer dem Flugwesen auch die anderen Verkehrsmittel, die Handelsschiffahrt, Eisenbahn usw. aller Länder zum Gegenstande internationaler Erörterungen gemacht werden. Die französische Denkschrift über die Zivilluftfahrt scheint den einen Zweck verfolgen zu wollen, die Knebelung desjenigen Landes vollkommen zu machen, dessen friedliche technische Entwicklung im vergangenen Jahrzehnt auch zum Ausbau eines leistungsfähigen Verkehrs- und Transportnetzes in der Luft geführt hat.

Kardinal Dr. Piffl gestorben



In Wien ist am 21. April der österreichische Kardinal Dr. Piffl um 1.30 Uhr nachts gestorben.

Kardinal Fürsterzbischof Dr. Friedrich Gustav Piffl wurde 1864 in Landskron in Böhmen geboren. Nach Besuch des Untergymnasiums erlernte er zunächst das Buchbindergewerbe. Später trat er in das Obergymnasium ein. Im Augustiner Chorherrenstift im Kloster-Neuburg erhielt er 1883 das Ordenskleid der Kanoniker St. Augustinus und wurde 1888 zum Priester geweiht.

Seine ersten Priesterjahre verbrachte Dr. Piffl im Pfarramt Floridsdorf und Heiligenstadt. Beide Orte, die heute bei der Stadt Wien eingemeindet sind, haben starke Arbeiterbevölkerung. Zu der Zeit, als der Kardinalfürsterzbischof dort seelsorglich wirkte, hatte eben der Aufstieg der heutigen Regierungspartei Oesterreichs, der Christlichsozialen Partei, begonnen. Der junge Priester machte sich die sozialphilosophischen Lehren dieser Partei zu eigen, und sein Wirken in diesen Jahren ist gekennzeichnet durch die Bemühung um die Hebung sozialer Mißstände.

Dr. Piffl erhielt im Jahre 1892 eine Professur für Moraltheologie im Stiftskloster Neuburg. 1901 ging er als Inspektor der stiftlichen Güter nach Ungarn, von wo er 1906 wieder nach Kloster Neuburg zurückkehrte. Im Jahre 1913 erfolgte die kaiserliche Ernennung zum Fürsterzbischof von Wien, 1914 wurde er Kardinal und im selben Jahre mit dem Pallium bekleidet. Der Verstorbene ist einer der markantesten Priesterpersönlichkeiten der katholischen Kirche gewesen.

Der internationale Ueberbrückungskredit für das Deutsche Reich verlängert

Wie verlautet, ist der internationale Ueberbrückungskredit für das Deutsche Reich in Höhe von 125 Millionen Dollar bis zum 10. November 1933 zum Zinssatz von 6 Prozent verlängert worden

Reichsminister Schiele fordert

Binnenmarkt-Wirtschaftspolitik

„Deutschlands Zukunft liegt auf dem deutschen Acker"

Auf der Mitgliederversammlung der Vereinigung mitteldeutscher Rohzuckerfabriken in Halle an der Saale sprach der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Schiele. An Hand von Beispielen zeigte der Minister, daß

die Weltwirtschaft in der Vorkriegsform zu Ende

sei. Diese Tatsache bestimme zwangsläufig auch die künftige Richtung unserer Wirtschaftspolitik. Jede Betrachtung unserer Situation führe notwendigerweise zu der

Verpflichtung, in Deutschland eine stark binnenmarkt-orientierte Wirtschaftspolitik zu treiben.

Vier Merkmale seien für unsere Lage besonders wesentlich. Dies sind:

6 Millionen Arbeitslose.

Die Schrumpfung unserer Ausfuhr.

Die Zwangsbewirtschaftung der Devisen, um die Stabilität der Währung zu sichern und schließlich nicht zuletzt auf dem Gebiete der Außenpolitik unser Ringen um die politische Freiheit der Nation.

Die drückende Last der Arbeitslosigkeit,

die eigentliche Quelle der Finanznot von Ländern und Gemeinden, habe bereits bei ernsten Männern des Ruhrgebiets

zu dem gigantischen Plan geführt, 500 000 Arbeitslose aus dem Ruhrgebiet umzusiedeln

und in die dünner bevölkerten Gegenden des deutschen Ostens zu bringen.

Das Verhältnis von Land- und Stadtbevölkerung,

das jetzt mit einem Anteil von nur 23 Prozent Landbevölkerung höchst ungesund sei, müßte wieder

ausgeglichener gestaltet

werden. Tatsächlich habe auch bereits eine Menschenwanderung in umgekehrter Richtung von der Stadt aufs Land eingesetzt. Diese gesunde Entwicklung müsse dadurch auf das nachhaltigste verstärkt werden, daß man den Binnenmarkt leistungsfähiger und an ihm Ersatz schaffe für die am Weltmarkt verloren gegangenen Arbeitsmöglichkeiten.

Da der Kern jeder Binnenmarktpolitik eine

intensive Agrarpolitik

sei, müßten diejenigen Zweige der deutschen Landwirtschaft besonders begünstigt werden, die in besonders hohem Maße in der Lage seien, Arbeitskräfte zu binden. Das sei vor allem beim Hackfruchtbau und insbesondere bei der Zuckerwirtschaft der Fall. Ohne Zollschutz und Kontingentierung würden die Rübenpreise nur etwa die Hälfte oder ein Drittel der gegenwärtigen Zuckerrübenpreise betragen. Wenn trotzdem die

Lage der Zuckerwirtschaft unbefriedigend

sei, so wäre dies eine

Folge der hohen Bestände aus den Vorjahren.

Die Zuckerwirtschaft müßte stärker zum Ersatz der ausländischen kohlehydrathaltigen Futtermittel wie Gerste und Mais herangezogen werden. Ferner sei sobald wie möglich eine

Ermäßigung der Zuckersteuer erforderlich.

Eine Wirtschaftspolitik, die am Binnenmarkt neue Arbeitsmöglichkeiten schaffen wolle, müsse auch die Produkte der bäuerlichen Veredelungswirtschaft stärker als bisher schützen. Dies sei auch die Voraussetzung einer beschleunigten und durch Einsetzung des freiwilligen Arbeitsdienstes verbilligten Siedlung auf den im Osten frei werdenden zwei Millionen Morgen.

Die entscheidende Ursache unserer Arbeitslosigkeit

sei auch nicht die Schrumpfung unserer Ausfuhr, sondern

das Versiegen des Binnenmarktes.

Auf den Rückgang der Ausfuhr entfallen nur die Arbeitslosigkeit von etwa 1,5 Mill. Menschen. Das Versagen des Binnenmarktes habe 3½ Mill. Menschen arbeitslos gemacht. Die Ursache dieser Tatsache sei wiederum die nunmehr seit Jahren andauernde

Verlustwirtschaft der Landwirtschaft.

Grundsätzlich müssen alle Schutzmaßnahmen, insbesondere auch für die handelspolitisch gebundenen Produkte, dem volkswirtschaftlichen Bedürfnis entsprechen und mit der nötigen Labilität, so wie es beim Getreide erreicht sei, gehandhabt werden.

Der Minister legte sodann die Bedeutung der Unabhängigkeit in der Nahrungsmittelversorgung für unsere Devisenbilanz und unsere nationale Befreiungspolitik dar. Immer weitere Kreise sähen die

Aussichtslosigkeit einer fühlbaren Exportsteigerung.

Bisher weitgehend weltwirtschaftlich orientierte Männer bekennen sich jetzt zur Idee des Binnenmarktes. Aus neuer Wirtschaftsgesinnung, so schloß der Minister, sei in immer breiteren Schichten unseres Volkes die Erkenntnis gewachsen, daß immer mehr der Satz gelte:

„Deutschlands Zukunft liegt auf dem deutschen Acker!"

Gerichtssaal eingestürzt

Schweres Unglück auf Korsika — Bisher 15 Tote geborgen — Viele Verletzte

Während einer Gerichtsverhandlung in Bastia (Korsika) stürzte die Saaldecke ein und begrub die Rechtsanwälte und viele Zuhörer unter sich. Bei den Aufräumungsarbeiten sind bisher fünf Tote gefunden worden. Die Zahl der Verletzten soll hoch sein.

Zu dem Einsturzunglück wird weiter gemeldet, daß bisher 15 Tote geborgen wurden, darunter zwei Rechtsanwälte aus Bastia. Für die Bergungsarbeiten sind Truppen aufgeboten worden. Die Zahl der Verletzten ist noch nicht bekannt.

Neue deutsche Memelnote

Die deutsche Delegation in Genf überreichte den Vertretern der Signatarmächte der Memelkonvention in Genf eine Note wegen der Zustände im Memelgebiet sowie wegen der auf die Beeinflussung der Wahlen abzielenden Maßnahmen des Direktoriums Simaitis.

Die Note enthält eine zusammenfassende Darstellung der zahlreichen rechtswidrigen Maßnahmen, mit denen Litauen unter fortgesetzter Verletzung des Memelstatutes die Willensäußerung der Memelbevölkerung bei den kommenden Wahlen zu verfälschen sucht. Sie erwähnt insbesondere die Masseneinbürgerungen von Großlitauern, die Unregelmäßigkeiten bei der Zusammensetzung der Wahlkommissionen und die Beeinträchtigung der Rede-, Versammlungs- und Pressefreiheit. Mit der durch diese Maßnahmen geschaffenen Lage, die in der deutschen Denkschrift eindrucksvoll geschildert wird, werden sich die Signatarmächte ernstlich zu beschäftigen haben, wenn sie verhindern wollen, daß das von ihnen im Haag anhängig gemachte Verfahren durch die von Litauen beliebte Politik der vollendeten Tatsachen, die den primitivsten Völkerrechtsbegriffen Hohn spricht, durchkreuzt wird.

Frachtermäßigungen für Kohle zur Ausfuhr

Die Deutsche Reichsbahn plant ermäßigte Frachttarife für Kohle zur Ausfuhr nach Oesterreich, der Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien, Rumänien, der Schweiz, dem Saargebiet, Belgien, den Niederlanden und dem Freistaat Danzig, die über die Senkung des allgemeinen Kohlenausnahmetarifs 6 am 16. Dezember hinausgehen. Die Ermäßigung wird voraussichtlich zum 1. Mai ds. Js. in Kraft treten.

Finanzminister Klepper hat keine neuen Steuern angekündigt

Zu den Meldungen über die Kieler Rede des preußischen Finanzministers wird von amtlicher preußischer Seite erklärt, daß Finanzminister Klepper keine neuen Steuern angekündigt habe.

Preußenwahl und Justiz

Unter der Ueberschrift „Preußenwahl und Justiz" nimmt der preußische Justizminister Dr. Schmidt im Amtlichen Preußischen Pressedienst zu verschiedenen justizkritischen und justizpolitischen Erörterungen Stellung, die im Verlaufe des Wahlkampfes im Streite der Meinungen aufgetaucht sind. Niemals, so hebt der Minister hervor, kann es angehen, die Rechtspflege zum Instrument radikaler Machtpolitik herabzuwürdigen. Das werde Unrechtpflege, das würde das Ende der Demokratie sein.

In seinen weiteren Darlegungen weist der Minister noch besonders auf

die Bedeutung der richterlichen Unabhängigkeit

für die unparteiische Rechtspflege hin, aber auch auf die Notwendigkeit, daß die äußere Unabhängigkeit des Richters von seiner inneren Unabhängigkeit ergänzt werden müsse. Bei den gelegentlichen Klagen über angebliche Eingriffe der Justizverwaltung handele es sich ausnahmslos nur um die vereinzelt vorkommende nachträgliche Nachprüfung unbeeinflußt getroffener Entscheidungen, und zwar nur um verschwindend wenige Verfahren, in denen Anlaß zu der Annahme bestehe, daß Richter sich nicht im Rahmen der ihrer unabhängigen Tätigkeit überwiesenen Aufgaben gehalten hätten; derartigen, glücklicherweise seltenen Entgleisungen müsse freilich die Verwaltung pflichtgemäß entgegentreten.

Zum Schluß wendet sich der Minister gegen die Behauptung, die Regierung mache von dem

Begnadigungsrecht

zu weitgehend Gebrauch. Er widerlegt an Hand von zahlenmäßigen Unterlagen diesen Vorwurf und stellt fest, daß auch der Landtag keineswegs einen übermäßigen Einfluß auf die Gnadenpraxis nehme. Auch von dem modernen Strafvollzug könne man nicht sagen, daß er zu milde sei.

Dr. Köttgen als Nachfolger Borsigs im Vorsitz der Arbeitgebervereinigung

Der Vorstand der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände wählte anstelle von Ernst Borsig den Generaldirektor der Siemens-Schuckert-Werke A. G. Dr. ing. e. h. Carl Köttgen zum Vorsitzenden. Dr. Köttgen wandte sich in seiner Ansprache „gegen Fehlgriffe in der Sozialpolitik". Für eine ausreichende Kapitalbildung der Wirtschaft bleibe seit 14 Jahren kein Raum. Die Unternehmungen und mit ihnen das ganze Volk lebten heute vom Vermögen.

Dr. Köttgen erklärte, daß die deutschen Unternehmer nicht gegen Tarifverträge, auch nicht gegen Koalitionsfreiheit seien. Sie wünschten aber, daß der Staat sich auf vermittelnde Hilfeleistung beschränkt, ohne den Parteien die letzte Verantwortung abzunehmen. Die Unternehmen seien, so führte Dr. Köttgen aus, bereit, der Regierung die Verantwortung für die Lohnfestsetzung wieder abzunehmen. Sie fühlten sich stark genug, die wirtschaftlichen Erfordernisse und Möglichkeiten auch unter Beachtung politischer Momente richtig einzuschätzen. Neue Eingriffe des Staates in die Arbeitszeit, wie sie jetzt auf dem Krisenkongreß des ADGB. angekündigt wurden, müßten Ablehnung finden.

Anschließend daran sprach Professor Dr. von Zwiedineck-Südenhorst über „Grundfragen der Wirtschaftsverfassung in ihrer Bedeutung für das Arbeitsgebiet der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände" und Dr. Syrup über „Die Fürsorge für die erwerbslose Jugend".

Die Zinsen für die gestundeten europäischen Kriegsschulden an USA.

Reuter meldet aus Washington, 21. April: Der Zinssatz für die von den europäischen Staaten an Amerika zu zahlenden und durch das Hoover-Moratorium gestundeten Kriegsschuldenbeträge wurde auf 4 Prozent für die nächsten zehn Jahre festgesetzt.

Die Meldung wird von „Herald Tribune" in großer Aufmachung gebracht. Diesem Blatt zufolge handele es sich um eine Aufforderung des Staatsdepartements an die europäischen Schuldnernationen, diese Beträge innerhalb von zehn Jahren zurückzuzahlen.

Im Gegensatz zu dieser großen Aufmachung glauben „Newyork Times" aus Washington melden zu können, daß das Staatsdepartement diese ganze Angelegenheit nur als eine Formalität betrachtet, der keine besondere Bedeutung beizumessen sei.

Die Kreugeraffäre zieht weitere Kreise

Direktor Björn Prytz, der der Kreuger-Kommission angehört, erklärte einem Pressevertreter in Stockholm, daß der Konkurs der International Match Corporation die Bestrebungen der Kommission zur

Rekonstruierung der Schwedischen Zündholzgesellschaft

nur in geringem Maße behindern werde.

Der überraschende

Fund eines Bargeldbetrages von zwei Millionen schwedischen Kronen in dem Tresor Ivar Kreugers

wird in allen schwedischen Zeitungen sensationell aufgemacht. Einige Blätter behaupten, die führenden Männer der Firma Kreuger u. Toll A. B. und der Schwedischen Zündholzgesellschaft hätten sich auf die Nachricht von Kreugers Tod hin beeilt, so viel Geld als möglich von den Banken abzuheben, da man befürchtet habe, daß dem Konzern die Bankguthaben gesperrt werden könnten. Diese Gelder hätten sich schon im Tresor befunden, als die Untersuchungskommission ihre Arbeiten begann.

„Dagens Nyheter" berichtet, es herrsche in Warschau

unter den polnischen Politikern große Erregung,

weil unter den hinterlassenen Papieren Kreugers angeblich eine Namensliste verschiedener polnischer politischer Persönlichkeiten gefunden worden sei. Auf dieser Liste seien auch

„Geschenke"

verzeichnet, die Politiker von Kreuger erhalten haben sollen. Neun namhafte polnische Persönlichkeiten sollen in diese Angelegenheit verwickelt sein.

Vertagung der japanisch-chinesischen Waffenstillstandskonferenz

Wie die Agentur Indopacifique aus Schanghai meldet, ist die chinesisch-japanische Waffenstillstandskonferenz auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Die Vertreter der Mächte befürchten, daß die der Gemischten Kommission vom 19er-Ausschuß gegebenen Vollmachten die Ablehnung Japans nach sich ziehen werden.

Zum 80. Geburtstag des Generals von Gallwitz



General der Artillerie Max von Gallwitz, der im Weltkriege eine Heeresgruppe im Westen führte, die sich vor allem vor Verdun auszeichnete, begeht am 2. Mai seinen 80. Geburtstag. 1920—1924 gehörte Gallwitz als deutschnationaler Abgeordneter dem Reichstage an.

Das Reichsbanner

Die Materialprüfung beim Reichsinnenminister

Auflösung der „Schufo" durch die Bundesleitung

Das Wolffbüro meldet aus Berlin, 21. April: Im Zusammenhang mit den Pressemeldungen über die Prüfung des Materials über das Reichsbanner durch das Reichsinnenministerium wird von zuständiger Stelle die Meldung einer politischen Korrespondenz, daß der Reichsinnenminister heute dem Reichspräsidenten Bericht erstatten wird, als unzutreffend bezeichnet. Die Prüfung des Materials ist noch nicht soweit gediehen, daß eine derartige Berichterstattung erfolgen kann. Eine Verzögerung bei dieser Prüfung ist auch dadurch eingetreten, daß am Dienstag nachmittag vom Büro des Reichspräsidenten dem Reichsinnenministerium weiteres Material zugeleitet worden ist.

Da eine abschließende Stellungnahme der Regierung nicht ohne Einvernehmen mit dem Reichskanzler erfolgen soll, andererseits aber angesichts der schwierigen Materie eine telephonische Erörterung mit dem zurzeit in Genf weilenden Kanzler nicht zweckmäßig erscheint, wird

Reichsminister Groener am Sonnabend nach Süddeutschland fahren, um dort am Sonntag mit dem Reichskanzler zusammenzutreffen,

der zur Ausübung seines Wahlrechts wahrscheinlich nach Sigmaringen kommen wird.

In den letzten Tagen hat der Reichsinnenminister, wie gemeldet,

Unterredungen mit dem Führer des Reichsbanners Hörsing

gehabt, in denen er diesem Kenntnis von dem ihm vorgelegten Material über das Reichsbanner gegeben hat. Höltermann hat dazu im einzelnen Stellung genommen und den Standpunkt des Reichsbanners zusammenfassend, in einem Brief an Reichsminister Groener dargelegt, dem ein

Rundschreiben der Bundesleitung

beigefügt worden ist, das die

Auflösung der „Schufo" in allen Gauen und Ortsvereinen

angeordnet. Weiter gibt die Bundesleitung des Reichsbanners in dem Schreiben eine eidesstattliche Versicherung ab, daß

die Führer des Reichsbanners mit den Maßnahmen der Bundesleitung einverstanden

und außerdem bereit sind, alles Aktenmaterial den Behörden zur Einsicht vorzulegen; darüber hinaus wird versichert, daß keinerlei Tarnabsichten beim Reichsbanner bestehen.

In diesem Zusammenhang wird von amtlicher Seite die Behauptung eines Spätabendblattes, daß der deutschnationale Abgeordnete von Oldenburg-Januschau der Uebermittler des Materials an den Reichspräsidenten gewesen sei, als haltlose Kombination bezeichnet.

Nr. 94 Zweites Blatt **Soester Kreisblatt** Freitag, den 22. April 1932

Aus der Stadt

Achtung! Geänderte Wahlzeit bei den Preußenwahlen 8—5 Uhr.

Wie dauernde Anfragen zeigen, sind sich viele Wählerinnen und Wähler noch nicht darüber klar, daß bei der Wahl zum Preußischen Landtag am kommenden Sonntag, 24. April, im Gegensatz zu den beid. Reichspräsidentenwahlen die Wahlzeit von

8 Uhr morgens bis 5 Uhr nachmittags

dauert! Wer also nach 5 Uhr kommt, in der Meinung, er könne, wie bei den Präsidentenwahlen, noch bis 6 Uhr sein Wahlrecht ausüben, geht seiner Stimme verlustig! Bitte merken und weitersagen:

Wahlzeit am Sonntag, dem 24. April,

nur von 8 bis 5 Uhr!

Gründungsversammlung der Soester Segelflieger

Dem Rufe zur Gründung einer Segelflugvereinigung für Soest folgend, hatten sich am Sonnabend etwa 40 Interessenten im Hansasaal der Brauerei Topp eingefunden. Zu Beginn begrüßte Herr Dr Mentz alle Erschienenen recht herzlich und gab einen kurzen Ueberblick über den augenblicklichen Stand der Vereinssache. Hierauf hielt Herr Siepmann aus Warstein einen Vortrag über die Entwicklungsgeschichte des Segelfliegens, die Segelflugmöglichkeiten u. den Flugzeugbau. Starker Beifall lohnte den Sprecher für seine interessanten Ausführungen. Nach Bekanntgabe der vom Deutschen Luftfahrt-Verband aufgestellten Satzungen hob dann Herr Dr. Hartwig den neuen Verein unter dem Namen: „Segelflieger Soest" aus der Taufe. Etwa 40 Anwesende ließen sich als Mitglieder in den Verein aufnehmen. In den Vorstand wurden folgende Herren gewählt: 1. Vorsitzender Dr. Mentz, 2. Vorsitzender Derbogen, Kassierer Kampschulze. Schriftführer Markus, Beisitzer Kremer. Mit Rücksicht auf die große Arbeitslosigkeit wurde ein Jahresbeitrag von 6,— RM festgesetzt, der nach Möglichkeit in einer oder zwei Raten gezahlt werden soll. Hierzu tritt dann noch beim Beginn der Flugversuche die Versicherungsgebühr, die etwa 6,— RM je Mitglied betragen wird.

Sehr erfreut war man über den Arbeitseifer der beiden Baugruppen, hat doch eine derselben bereits die Flugzeugspitze fertig u. schon mit dem Bau des Leitwerkes begonnen. Ueber die Ziele und Bestrebungen des Vereins sei kurz folgendes gesagt: Wir wollen mithelfen,

1. in Deutschland eine neue, junge Fliegergeneration heranzubilden,
2. einen nationalen, edlen Sport zu entwickeln und zu fördern,
3. Gemeinschaftsgeist zu pflegen durch Zusammenarbeit aller Stände beim Flugzeugbau und beim Flugversuch,
4. die Daseinsleere arbeitsloser, entwurzelter junger Menschen auszufüllen durch ideale Bestrebungen und befriedigende Arbeit.

Wer die Begeisterung gesehen hat, mit der diese jungen Leute ans Werk gegangen sind, der muß zu einem Freund und Förderer unserer edlen Sache werden. Möge es dem jungen Verein nie an tatkräftigen Mitgliedern und Helfern fehlen. „Glück ab!" Sch.—K.

★

?,? **Bestandenes Staatsexamen.** Frl. Marx Bräutigam aus Soest, Immermannstraße 18, bestand am Conservatorium in Dortmund das Staatsexamen als Klavierlehrerin.

?,? **Von der Kreisgruppe Soest des Verbandes der Kommunalbeamten und -Angestellten Preußens.** Die diesjährige Jahreshauptversammlung der Bezirksgruppe Westfalen findet am 30 April und 1. Mai ds. Jhs. in Soest statt. Die Tagung, zu der die Vertreter der westfälischen Kreis- und Ortsgruppen erscheinen werden, beginnt am Sonnabend, dem 30. April um 9 Uhr mit einer Sitzung des Gesamtvorstandes der Bezirksgruppe Westfalen. Um 15 Uhr wird im Blauen Saal der Vertretertag eröffnet werden. Zu dieser Veranstaltung, in der wichtige Berufsfragen erörtert werden, sind sämtliche Mitglieder der Kreisgruppe Soest zugelassen und herzlich eingeladen, desgleichen zu der am Sonntagvormittag auf 10 Uhr anberaumten Fortsetzung des Vertretertages. Eine Begrüßungsfeier vereint am Sonnabend um 20 Uhr die Teilnehmer des Vertretertages mit ihren Damen im Festsaale des Hotels „Zur Krone". Die Kreisgruppe Soest wird alle Vorbereitungen treffen um diesem Begrüßungsabend durch eine gediegene Festfolge einen zeitgemäßen, schlichten und würdigen Rahmen zu geben.

Hauptversammlung

des Kreishegerings und des Allgemeinen Deutschen Jagdschutzvereins Bezirksverein Soest

Am 18. ds. Mts., abends 7 Uhr fand in den gastlichen Räumen des Hotels Overweg in Soest die Hauptversammlung des Kreishegerings Soest statt. Herr Landrat Frh. von Werthern-Michels begrüßte die Anwesenden und gedachte des kürzlich verstorbenen Mitgliedes Herrn Generaldirektor Dr. Putsch mit warmen Worten. Hierauf erstattete Herr Oberförster Wilkening den Tätigkeitsbericht.

Nach dem Stande vom 1. April 1932 gehören zum Kreishegering 130 Mitglieder (Eigenjagdbesitzer und Jagdpächter) mit 123 566 Morgen, das bedeutet rund 65 Prozent der Jagdfläche, die zum Kreishegering gehört. Die im Kreise Soest abzuschließenden Jagdpachtverträge werden nach den Bedingungen des Allgemeinen Deutschen Jagdschutzvereins getätigt. In den verschiedenen Aemtern haben im Jahre 1930 = 82 Stück Jagdpachtverträge des Allgemeinen Deutschen Jagdschutzvereins Verwendung gefunden. Oberförster Wilkening machte darauf aufmerksam, daß sich der Allgemeine Deutsche Jagdschutzverein Westfalen und der Westfälische Jagdklub bezw. der Westfälische Jagdverband zusammengeschlossen haben und in absehbarer Zeit beabsichtigen, einen Jagdpachtvertrag für die Provinz Westfalen herauszugeben, der besonders auf die westfälischen Verhältnisse zugeschnitten ist. Bis zur endgültigen Regelung können die alten Vordrucke angefordert und verwandt werden.

Im Februar 1931 wurde bei der Regierung in Arnsberg beantragt, die Schonzeit für Fasanen zu verlängern. Daraufhin hat der Bezirksausschuß die Schonzeit für Fasanenhähne auf die Zeit vom 18. 5. bis 29. 9. einschließlich und den Schluß der Schonzeit für Fasanenhennen auf den 29. 9. festgesetzt.

Im April 1931 wurden den Amtshegeringen je 10 Stück Krähenbekämpfungsmerkblätter sowie Merkblätter über die Bekämpfung der Lungenwurmseuche zwecks Verteilung an die Mitglieder übersandt. Den Landjägereibeamten wurden 20 Merkblätter „Kitz oder nicht" sowie 20 Merkblätter für das Verhalten der Jagdberechtigten (Jagdschutzpersonal) gegenüber Kaninchenfängern verteilt.

Die Bestimmungen des § 6 der Tier- u. Pflanzenschutzverordnung vom 16. Dezember 1929 betr. Verbot — Hunde und Katzen unbeaufsichtigt umherlaufen zu lassen — wurden auf Veranlassung des Kreishegerings in den Kreisblättern im März, April und Mai 1931 bekannt gegeben. Die Bekanntmachungen erfolgen auch in diesem Jahr.

Für verdienstvolle Leistungen im Jagdschutz wurden den Oberlandjägern Gundlach-Büderich u. Rüggeberg-Wamel nennenswerte Belohnungen aus der Kasse des Kreishegerings gezahlt.

Für das Jahr 1932 wurde der Beitrag von 3,— RM für 500 Morgen auf 2,— RM festgesetzt und für jede weitere 100 Morgen auf 0,10 RM. Die Kassenprüfung wurde vorgenommen u. dem Schriftführer Entlastung erteilt.

Den Amtshegerinnen wurden je 10 Merkblätter für das Verhalten der Jagdberechtigten (Jagdschutzpersonal) gegenüber Kaninchenfängern, herausgegeben von der Vereinigung des A. D. J. V. und des Westfälischen Jagdverbandes, ausgehändigt.

Für den nach Pommern verzogenen Beisitzer, Gutsbesitzer Schnepper, Lühringsen, wurde Herr Dahlhoff, Recklingsen, als Beisitzer und Vorsitzender des Amtshegerings Borgeln gewählt.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung brachte Herr Oberförster Wilkening interessante Ausführungen über die Bekämpfung der Krähen und Elstern mittels Phosphor-Syrup-Eiern. Er wies darauf hin, daß der Schaden, den die Krähen und Elstern der Niederjagd besonders im Frühjahr zufügen, ungeheuerlich sei. Wenn ie Niederjagd gepflegt und in die Höhe gebracht werden soll, sei es dringend erforderlich, daß in erster Linie die Krähen und Elstern bekämpft werden. Hierauf beschloß die Versammlung, im nächsten Frühjahr eine Bekämpfung der Krähen und Elstern im Kreise Soest einheitlich durchzuführen. Herr Apotheker Pickel erklärte sich bereit, die Phosphor-Syrup-Eier zu einem angemessenen Preise zu liefern. Herr Oberförster Wilkening machte noch darauf aufmerksam, daß die verendeten Krähen eine Gefahr für Menschen u. Raubwild nicht bilden. Die sehr geringe Menge Phosphor zersetze sich nach Wirkung unschädlich im Magen der Krähe. Nach Paragraph 4 der Verordnung des Preußischen Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten vom 16. September 1931 sind die mit Giftstempeln versehenen Phosphor-Syrup-Eier das einzig erlaubte Mittel zur Vertilgung von Rabenvögeln. Die nicht aufgenommenen Eier sind spätestens 3 Tage nach dem Auslegen wieder einzusammeln und zu vernichten ebenso wie die vorgefundenen Kadaver.

Um die Hasenjagd zu schonen, machte Herr Oberförster Wilkening den Vorschlag, die Hasen ein Jahr vollständig zu schonen. Herr Landrat erklärte sich bereit, die Angelegenheit weiter zu verfolgen. Die Versammlung war damit einstimmig einverstanden.

Zum Schluß bat Herr Landrat Frhr. von Werthern-Michels dringend, die noch nicht angeschlossenen Jagdbesitzer und Jagdanpächter für den Kreishegering zu werben.

Nach kurzer Pause hielt der berühmte **Kriminal-Kommissar Busdorf, Berlin, einen Vortrag über „Wilddiebsbekämpfung und Förstermorde".** Zu diesem Vortrag hatte der Kreishegering Soest und der A. D. J. V. Bezirksverein Soest Herrn Busdorf verpflichtet. Der mit duftendem Tannengrün geschmückte Saal sowie das anschließende Weinzimmer im Hotel Overweg waren dicht besetzt. Herr Landrat Frhr. von Werthern-Michels begrüßte die anwesenden Damen sowie Herrn Kriminal-Kommissar Busdorf und hieß besonders die in großer Anzahl erschienenen Staats-, Kommunal- und Privatforstbeamten sowie die zahlreich erschienenen Herren von der Justiz herzlich willkommen und erteilte Herrn Kriminal-Kommissar Busdorf das Wort zu seinem Vortrag.

In äußerst fesselnder Weise gab nun Herr Busdorf in ungefähr 2 Stunden seines interessanten Vortrages einen den Forst- und Jagdbeamten besonders lehrreichen Einblick in seine jahrzehntelange Tätigkeit. Er betonte, daß der Zweck seiner Vorträge sei, die Forstbeamten vorzubilden zur Vorbeugung der Förstermorde und die Polizeibeamten zu unterstützen beim Wildererabfassen.

Ueber die Technik des Wilderns sprach er zunächst. Er erklärte, daß der leitende Gedanke des Leidenschaftswilddiebes sei: „Wild ist niemanden Eigentum, ist herrenloses Gut, und wir sind berechtigt, es zu schießen". Mit einigen Worten setzte er klar, daß das Gesetz die beiden Worte „Wilddieb u. Wilddieberei" nicht kennt, sondern nur unberechtigtes Jagen. Dann berichtete er von den verschiedenen Handwerkszeugen der Wilderer, den Schlingen für Wild und sogar für Enten. Der Schlingenteller ist ein Wilddieb, da mit der Schlinge alles Wild, wie Hirsch, Ricke, Kitz, eingefangen wird. Auch der Jagdberechtigte darf keine Schlingen stellen. Mancherlei Beispiele führte Herr Busdorf an, in welch geriebener Weise der gewerbsmäßig arbeitende Wilddieb die Schlingen stellt, den Draht vorher glüht, ihn mit Klebstoff beschmiert und vor allem Kupferdraht bevorzugt, da derselbe sich bald mit Grünspan überzieht und sich dadurch besonders dem grünen Waldboden anpaßt und so unauffällig bleibt. Vorsicht gebietet es beim Entfernen von Schlingen und empfiehlt, die Schlingen aufzubewahren, da die Knoten späterhin mal ganz besonders wichtig sein können als Beweismaterial zur Aufdeckung von Wilddiebereien. Vor allem aber heißt er Vorsicht beim Ansitz an Schlingen, empfiehlt dringend, in solchen Fällen Deckung zu nehmen nicht nur zur Schlinge, sondern auch gegen Sicht und rät zum Schirmbau nach hinten, weil der erfahrene Schlingensteller zunächst seine Frau oder seine Kinder schickt, und der Beamte, der gesehen wird, sitzen kann, bis er „Wurzel schlägt". Mann kann sich ebenfalls an einer fängisch aufgestellten Schlinge ansetzen, jedoch, nachdem man sie unschädlich gemacht hat, durch Beiseitebiegen mittels eines Stockes. Kommt jemand und biegt die Schlinge wieder zurecht, so hat er eine strafbare Handlung verübt, auch wenn ihm die Schlinge nicht gehören sollte. Wenn aber ein Mann ein Tier aus der Schlinge löst, ist es zu früh zuzugreifen, denn er kann sagen, er wolle es abliefern. Eine strafbare Handlung ist noch nicht nachzuweisen.

Er sprach eingehend über die Ausrüstung des Jägers, der auf Wilddiebe ausgeht und stellte zur Frage: Soll man als Faustfeuerwaffe Revolver od. Pistole bei sich führen. Er wies darauf hin, daß die Wilddiebe oft die modernsten Schußwaffen wie Büchsen mit Scheinwerfer und Zielrohr bei sich führen. Für besonders gefährlich schilderte er den Nahkampf allein schon mit einem Wilderer. Wenn auch der Wilddieb bereits abgeklopft sei und augenscheinlich keine Waffen mehr bei sich habe, sei immer noch Vorsicht geboten. Herr Busdorf fand z. B. beim Durchsuchen eines Wilderers eine im Taschentuch eingeknüpfte Bleikugel, die gewiß bei zu nahes Herankommen dem betr. Förster hätte verhängnisvoll werden können. Von einem Trick polnischer Verbrecher berichtete er auch, die mit der Faustfeuerwaffe durch die Taschen zu schießen gewohnt sind, da die Wirkung des Schusses sich dadurch nicht vermindert.

So rief Herr Kriminal-Kommissar Busdorf allen Forst- und Jagdbeamten zu: Vorsicht beim Abfassen von Wilderern! Vorsicht bei der Ueberführung der Wilddiebe!

Anhand der zum Schluß gezeigten Lichtbilder prägte er allen nochmals größte Vorsicht ein, denn allein durch Unvorsichtigkeit kamen, wie auch im Bild gezeigt wurde, die Förster so grauenvoll zu Tode, z. B. ein Förster in Ostpreußen wurde lebend erhängt, ein anderer im Süden Deutschlands lebendig begraben und so fort.

Bild und Schilderung entflammten größte Feindschaft dem rohen Gesindel, das nicht scheut, ein und auch zwei Menschenleben kaltblütig niederzuschießen, um nicht verraten zu werden. Der Abend gab allen Aufforderung zu erneutem Kampf gegen das Wildererunwesen.

Der Vortrag wurde mit großer Begeisterung und anhaltendem Beifall aufgenommen. Herr Landrat Frhr. von Werthern-Michels dankte im Namen aller unserm erfahrensten Kriminalisten Busdorf mit dem Wunsche, daß seine Ausführungen Segen stiften mögen für unsere Wildstände und vor allem der Sicherheit unserer braven Jagd-, Forst- und Landjägereibeamten dienen mögen.

Im Gleichschritt mit der Zeit!
OPEL FAHRRÄDER
von RM 57.50 an
OPEL Blau-Blitz Rad . . ab RM 57.50
OPEL Standard Rad . . ab RM 69.—
OPEL Luxus Rad . . . . . ab RM 95.—
Anerkannte Opel-Fahrrad-Verkaufsstellen
ROSENTHAL & RUSTENFEIER, SOEST/WESTF

?,? **Emil Jannings-Erfolg.** Die **„Lichtburg"** bringt ab heute bis einschl. Dienstag den Tonfilm: **„Stürme der Leidenschaft"**, ein Standard-Film der Erich Pommer-Produktion, Regie Robert Siodmak, Musik von Friedrich Holländer. Es ist ein Großfilm sensationeller Abenteuer, der das Schicksal zweier Vollblutmenschen, die sich mit einem Achselzucken über menschliche Bindungen hinwegsetzen, schildert. Es ist ein Film, der packend und ergreifend Menschenschicksale vor Augen führt, die zu innerstem Miterleben zwingen. Jannings spielt wieder mit seiner ihm eigenen überzeugenden Menschlichkeit. Seine Partnerin ist Anna Sten . . . Man sah sie noch nie im Spiel so gelöst als hier. Schauspielerisch ausgezeichnet ist auch Trude Hesterberg. Nicht hoch genug zu würdigen ist es, daß man hier einem Milieu, das sonst der Verflachung und seichten Effekthascherei von Hause aus jede Möglichkeit offen ließ, menschlich und sozial Wertvolles abgerungen hat. Im **Beiprogramm** sieht man außer den aktuellen Ufa-Tonwochenberichten eins der beliebten Ufa-Kabaretts und einen Tonfilm aus dem Lesachtal in Kärnten: „Bauernhochzeit". Alles Nähere siehe Inserat!

Aus dem Parteileben

Deutschnationale Volkspartei.

Am Mittwochabend hatten sich die Mitglieder der D. N. V. P. zu einer Kundgebung im Gruß'schen Saale versammelt. Herr Prof. Dr. Niemöller begrüßte die Erschienenen und gab bekannt, daß am Freitag der Führer der Deutschnationalen, Geheimrat Hugenberg, in der Westfalenhalle spreche. Hierauf erteilte der Vorsitzende dem ersten Redner des Abends, Stadtverordneten Güssefeld-Hagen das Wort. Herr Güssefeld, welcher früher der Reichspartei des deutschen Mittelstandes angehört hat, sprach eingangs seiner Ausführungen über die Gründe, welche ihn veranlaßt haben, aus der Mittelstandspartei auszutreten. Er sagte, diese Partei sei niemals für das eingetreten, was sie auf ihrem Programm stehen habe, wie Erhaltung und Schutz des Handels, Handwerks, Haus- und Grundbesitzes. Jede Gelegenheit, den deutschen Mittelstand nur in irgendwelcher Art und Weise zu schützen, hätten die Führer unausgenutzt gelassen. Nach 1930 hätten die Mittelständler in Deutschland eine in die Milliarden gehende Summe an Steuern gezahlt. Heute sei es, wie es sich schon im letzten Jahre gezeigt habe, dem Mittelstand nicht mehr möglich, nach Aufbürdung immer neuer Lasten, diese zu bezahlen. Da man an diesen immer größer werdenden Lasten die Ohnmacht der Wirtschaftspartei sehe, hätten sich viele Mittelständler, um dem sicheren Untergange zu entgehen, in die Deutschnationale Volkspartei gerettet. Die zurückgehende Bedeutung der Reichspartei des deutschen Mittelstandes sei auch daran zu sehen, daß diese sich jetzt mit noch einigen anderen kleinen Splitterparteien zusammengetan habe und eine Partei der nationalen Stände gegründet habe, um bei der Preußenwahl wenigstens einige wenige Mandate zu retten.

Nachdem reicher Beifall dem Redner gedankt hatte, ergriff Herr Dr. Ende-Wattenscheid das Wort. Er erklärte, daß man unbedingt bestrebt sein müsse, eine ziemlich starke D. N. V. P. in den preußischen Landtag zu bringen. Daß die Weimarer Demokratie nur noch kurze Zeit bestehen werde, wisse heute jeder, auch die Herren Brüning, Severing u. Braun. Die seit dreizehn Jahren betriebene „Versöhnungspolitik" mit Frankreich habe einzig und allein dazu gedient, jede nationale Bewegung zu unterdrücken. Daß dieses aber nicht gelungen sei, beweise das starke Anschwellen der Nationalsozialisten. Bei den beiden Präsidentschaftswahlkämpfen sei es den Systemparteien noch einmal gelungen, die Entscheidung für kurze Zeit aufzuhalten. Ueber kurz oder lang würde aber doch die Entscheidung kommen. Der Redner kam dann auf die Aenderung der Geschäftsordnung des alten Landtages zu sprechen, welche er als

eine unerhörte Schiebung bezeichnete, welche nur dazu diene, der nationalen Front im neuen Landtage einen Stein im Wege zu sein, an dem vielleicht manches scheitern würde. Der letzte Anlaß zu diesem Entschluß des alten Landtages sei das immer weitere Anwachsen der Nationalsozialisten gewesen. Und da man ja so ungeheure Angst vor der Entscheidung habe, versuche man jedes Mittel, diese noch etwas aufzuhalten. Auf das Verbot der SA und SS kommend, bezeichnete der Referent diese Maßnahme der Regierung als eine Folge der Kandidatur Hitlers. Groener aber habe bei diesem Verbot die SA und SS genau so verraten, wie damals 1918 seinen Kaiser. Hindenburg bezeichnete der Redner als einen Gefangenen des Systems, als Bannerträger u. letzte Stütze des Systems. Daß die Nationalsozialisten den Bürgerkrieg wollten, sei nicht wahr, denn die „Eiserne Front" habe selbst erklärt, daß sie einen Bürgerkrieg herbeiführen würde, wenn die Nationalsozialisten, und selbst auf legalem Wege, die Macht erhalten würden. Aber diese „legale" Eiserne Front werde heute als Schutztruppe der Republik hingestellt, um sie nicht zu verbieten. Die Deutschnationalen würden aber immer die Hakenkreuzfahne in tiefer Ehrfurcht grüßen, wenn ihr Banner aber auch von der N. S. D. A. P. geachtet werde. Am Ende seiner Ausführungen wandte sich der Redner noch in scharfer Weise gegen die S. P. D. und das Zentrum, welchem er vorwarf, daß es die heiligsten Sachen zu Parteigeschäften mit der religionsfeindlichen Sozialdemokratie mache.

Als dritter Redner sprach Herr Klingspor-Siegen. Er ergänzte zum Teil die Ausführungen seiner Vorredner und verglich besonders die heutige Lage unseres Volkes mit seiner damaligen vor dem Weltkriege. Er sagte weiter, daß heute die Systemparteien immer wieder erklärten, der Krieg sei nur allein schuld an der heutigen wirtschaftlichen und finanziellen Not. Diesem müsse man aber absprechen, denn 1918 hätten diese einen Staat von mustergültiger Ordnung übernommen, indem eiserne Manneszucht und unbedingte Ordnung geherrscht habe. Wo sei nun alles dieses geblieben? Nicht der Krieg allein, sondern in erster Linie die Systemparteien trügen die Schuld an unseren heutigen Zuständen. Drei große Zusammenbrüche habe Deutschland erlebt, den ersten 1918, den zweiten in der Inflation und den dritten im vorigen Jahre, wo Deutschland die Tributzahlungen eingestellt habe. Um aber allem diesem Elend der letzten 13 Jahre ein Ende zu machen und den Wiederaufstieg des deutschen Volkes herbeizuführen, müsse man sich in der nationalen Front zusammenschließen, um die Macht in Preußen zu erhalten und schließlich auch im Reich. Brüning sei der Liquidator des neupreußischen Parlamentarismus. Am kommenden Sonntag, dem Tag der Abrechnung, müsse daher ein jeder seine Stimme Hugenberg, der Deutschnationalen Volkspartei geben. Nachdem auch diesem Redner mit Beifall gedankt war, wurde die Kundgebung geschlossen.

Aus dem Kreise Soest und benachbarten Kreisen

Mawicke, 21. April. **Fahrraddieb festgenommen.** Hier wurde ein Wanderbursche festgenommen, der ein Fahrrad gestohlen hat. Er soll auch noch andere Dinge auf dem Kerbholz haben. Einstweilen dauert die Untersuchung noch an. Der Dieb wurde dem Amtsgericht in Werl zur Aburteilung zugeführt.

Enkesen, 21. April. Am vergangenen Samstag fand im Vereinslokal die Versammlung des Sportvereins Enkesen statt. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung mit herzlichen Begrüßungsworten u. erteilte dem Schriftführer das Wort zur Verlesung des Protokolls der Jahresversammlung. Zum Punkt 2 der Tagesordnung gab der Kassierer Einnahme u. Ausgabe des Vereins bekannt. Trotz der wirtschaftlich schlechten Zeit war ein guter Kassenabschluß zu verzeichnen. Aus diesem Grunde entschloß sich der Verein, den Mitgliedsbeitrag zu ermäßigen. Punkt 3: Verschiedenes. U. a. wurde eine Fußwanderung zum Möhnesee und Arnsbergerwald beschlossen, zur Teilnahme werden die Angehörigen nebst Freunde herzl. eingeladen. Als Termin wurde der 5. Mai (Himmelfahrt) beschlossen. Abmarsch morgens 7 Uhr. Die Hauskapelle wird für die nötige Musik u. Humor sorgen. Mit einem Lied fand die Versammlung ihren Abschluß.

Scheidingen, 21. April. **Neue Lehrerin.** Frl. Lehrerin Berta Gau aus Dortmund wurde zur Hilfslehrerin an der hiesigen kath. Volksschule ernannt.

Ostinghausen. Vor dem Prüfungsausschuß in Soest bestanden die Lehrlinge H. Gödde, Schreiner, H. Strattötter, Schreiner, K. Droste, Anstreicher, ihre Gesellenprüfung.



Lüthen, 21. April. **Enttäuschte Schatzfinder.** In einem hiesigen Sandsteinbruch war man mit dem Wegschaffen von Abraum beschäftigt. Unter einem Busch weg rollten plötzlich einige Blechdosen hinab. Ein Hackenschlag auf eine der etwas verrosteten Rollen und schon rollten etwa 15 blanke Talerstücke nach allen Seiten. Im nächsten Moment waren sie auch schon in den Taschen der dort Arbeitenden verschwunden. Bei weiterer Nachsuche fand man dort über 100 Mark in „Silber" und rund 100 Mark in Papier. Nicht wenig enttäuscht war man aber beim näheren Nachsehen. Man hatte wertloses Inflationsgeld in Händen, welches dort jemand vergraben hatte.

Hamm, 21. April. **Geldkassette gestohlen.** Am 19. April, in den Mittagsstunden, wurde einem Bäckermeister am Bockumer Weg aus dem Schlafzimmer von der Kommode eine weiße Stahlkassette mit etwa 70 bis 90 Mark Bargeld, bestehend aus Silbermünzen, gestohlen. Der Diebstahl ist vermutlich durch einen Bettler ausgeführt worden.

Dülmen, 21. April. **Ein nettes Patenkind.** Wegen Erpressung verurteilte das münsterische Schöffengericht nach nichtöffentlicher Sitzung den Erwerbslosen Schm. zu einer Gefängnisstrafe von 4 Monaten und 1 Woche. Der Angeklagte hatte sich mit einem hiesigen betagten Arzte, der sein Pate ist, wegen Hergabe größerer Geldbeträge ins Benehmen gesetzt und als der alte Herr dem Wunsche des Angeklagten, der stets und immer Geld gebrauchen konnte, nicht nachkam, drohte dieser mit der Veröffentlichung angeblicher Vergehen des Arztes, an denen nicht ein Wort wahr war. Das ergab einwandfrei die Beweisaufnahme. Das Gericht glaubte die gemeine Handlungsweise des Angeklagten mit der vorgenannten Freiheitsstrafe sühnen zu müssen.

Reparaturen

in Nähmaschinen, Sprechapparaten, Fahrrädern und Motorrädern

werden gut u. preiswert ausgeführt.
Ersatzteile stets vorrätig.

H. WULF, Mechaniker,
Telefon 689. **Hoher Weg 13.**

Erstattung vor dem 1. April gezahlter Kraftfahrzeugsteuer

Durch die Verordnung vom 19. März 1932 ist für die Zeit nach dem 31. März der Zuschlag zur Kraftfahrzeugsteuer von 10 auf 5 Prozent ermäßigt worden. Streitig war bisher, ob ein Teil der Steuer erstattet würde, wenn die Steuerkarte mit der hohen Steuer über den 31. März hinausreichte. Durch die Verordnung vom 21. März 1932 ist die Streitfrage geklärt worden. Der ermäßigte Tarif gilt für alle Steuerkarten, deren Gültigkeitsdauer nach dem 31. März beginnt. Für Steuerkarten, deren Laufzeit früher begonnen hat, gilt folgendes:

Viertel- oder halbjährliche Teilzahlungen, die nach dem 31. März fällig werden, sind auf den Antrag des Fahrzeugbesitzers auf den Satz des neuen Tarifs zu ermäßigen. Der Antrag muß spätestens bei der Zahlung der Rate gestellt werden.

Ist eine Steuer vor dem 1. April fällig geworden und erstreckt sie sich über den 31. März hinaus, dann wird der Unterschiedsbetrag zwischen dem alten und neuen Tarif erstattet, soweit sie auf volle Vierteljahre nach dem 31. März entfällt. Der Erstattungsantrag muß vor Ablauf der Steuerkarte gestellt werden. Beispiele:

Für einen Personenwagen mit 1800 ccm Hubraum ist am 20. Dezember 1931 eine Steuerkarte für ein Jahr gelöst und die Jahressteuer mit 238 ℳ gezahlt. Die Steuer beträgt nach dem neuen Tarif 227 ℳ. Von der Gültigkeitsdauer der Steuerkarte entfallen zwei volle Vierteljahre auf die Zeit nach dem 31. März 1932. Erstattet werden daher zweimal 238 — 4 abzüglich zweimal 227 — gleich 5,50 Mark. Der Antrag muß spätestens am 19. Dezember 1932 gestellt werden.

War die Steuerkarte mit halbjährlichen Teilzahlungen gelöst (je 123 ℳ), ist die zweite Rate am 20. Juni 1932 fällig. Sie wird auf 116,90 ℳ nach dem neuen Tarif ermäßigt. Der Ermäßigungsantrag muß spätest. bei Zahlung der Rate gestellt werden.

Wirtschaftliches

Die Berliner Produktennotierungen.

Berlin, 21. April.

Weizen, märk. 75—76 kg. 261—263, Mai-Lieferung 270,75—272,50, Juli-Lieferung 274,75 bis 276,50, September-Lieferung 225—225,25, Roggen, märk. 72—73 kg. 198—200, Russenroggen zu DGH.-Bedingungen 195 cif Berlin bez. und Brief, Mai-Lieferung 195,25 bis 195,50, Juli-Lieferung 197,50, September-Lieferung 186, Gerste, Braugerste 190—195, Industrie- und Futtergerste 180—190, Hafer, märk. 160—165, Mai-Lieferung 169,50—171, Guli-Lieferung 176 bis 177,50, Weizenmehl 31,75—35,50, Roggenmehl 26,25—27.75, Weizenkleie 11,60—11.85, Roggenkleie 10.25—10.50, Viktoriaerbsen 18 bis 24, Kl. Speiseerbsen 21—24, Futtererbsen 15 bis 17, Peluschken 16.50—18.50, Ackerbohnen 15—17, Wicken 16—18.50, Lupinen blaue 10—11.75, dto. gelbe 14—15.50, Seradella, neue 30—36, Leinkuchen ab Hamburg 11, Erdnußkuchen 50% ab Hamburg 12.40, Erdnußkuchenmehl 50% ab Hamburg 1220—12.40, Trockenschnitzel 9.40, extrah. Sojabohnenschrot 46% ab Hamburg 12.30, dto. 46% ab Stettin 12.70, Kartoffelflocken 17,30 bis 17,75 ℳ.

Viehseuchenpolizeiliche Anordnung

Die Maul- und Klauenseuche unter dem Klauenviehbestande des Landwirts Woesthoff in Meiningsen ist erloschen.

Der Sperrbezirk Meiningsen wird hiermit aufgehoben. Das Gehöft Woesthoff bleibt bis zum 25. April 1932 in Beobachtung.

Soest, den 20. April 1932.

Der Landrat.

Impfplan

des Amtes Oestinghausen für das Jahr 1932.

Amtsbezirk Oestinghausen: Gemeinde Hovestadt, Nordwald; Impfbezirk: Hovestadt; Impflokal u. Ortschaft: Schule zu Hovestadt; Tag und Stunde der Impfung: 2. Mai 1932, 15 Uhr, Erstimpflinge, 15,30 Uhr, Wiederimpflinge; Tag und Stunde der Nachschau: 9. Mai 1932, 15 Uhr, Erstimpflinge, 15,30 Uhr, Wiederimpflinge.
Name des Impfarztes: Dr. med. Hiltermann. in Hovestadt.

Oestinghausen, Krewinkel-Wiltrop, Niederbauer; Oestinghausen; Schule zu Oestinghausen; 3. Mai 1932, 15 Uhr, Erstimpflinge, 15,30 Uhr, Wiederimpflinge; 10. Mai 1932, 15 Uhr, Erstimpflinge, 15,30 Uhr, Wiederimpflinge.
Name des Impfarztes: Dr. med. Hiltermann. in Hovestadt.

Hultrop, Heintrop-Bünninghausen; Hultrop; Schule zu Hultrop; 6. Mai 1932, 16 Uhr, Erstimpflinge, 16,30 Uhr, Wiederimpflinge; 13. Mai 1932, 16 Uhr, Erstimpflinge, 16,30 Uhr Wiederimpflinge.
Name des Impfarztes: Dr. med. Hiltermann. in Hovestadt.

Schoneberg; Schoneberg; Schule zu Schoneberg; 23. Mai 1932, 15 Uhr; 30. Mai 1932, 15 Uhr; ob Erst- oder Wiederimpflinge: Erst- u. Wiederimpflinge.
Name des Impfarztes: Dr. med. Hiltermann. in Hovestadt.

Ostinghausen; Ostinghausen; Schule zu Ostinghausen; 27. Mai 1932, 16 Uhr; 3. Juni 1932, 16 Uhr; Erst- und Wiederimpflinge.
Name des Impfarztes: Dr. med. Hiltermann. in Hovestadt.

Bettinghausen; Bettinghausen; Schule zu Bettinghausen; 27. Mai 1932. 17 Uhr, Erstimpflinge, 17,30 Uhr, Wiederimpflinge; 3. Juni 1932, 17 Uhr, Erstimpflinge, 17,30 Uhr Wiederimpflinge.
Name des Impfarztes: Dr. med. Hiltermann. in Hovestadt.

Lohe; Lohe; Wirtschaft Süllentrop; 6. Juni 1932, 16 Uhr; 13. Juni 1932, 16 Uhr; Erst- u. Wiederimpflinge.
Name des Impfarztes: Dr. med. Hiltermann. in Hovestadt.

Eickelborn; Eickelborn; Schule zu Eickelborn; 6. Juni 1932, 17 Uhr, Erstimpflinge, 17,45 Uhr, Wiederimpflinge; 13. Juni 1932, 17 Uhr, Erstimpflinge, 17,45 Uhr, Wiederimpflinge.
Name des Impfarztes: Dr. med. Hiltermann. in Hovestadt.

Zwangsversteigerung

Samstag, den 23. April 1932, versteigere ich um **10,30 Uhr,** in meinem Pfandlokal **Pollhofstraße (Lagerhaus Boswinkel):**

Mehrere Personenautos, 1 Bücherschrank, 2 Schreibtische, 1 Büfett, 1 Credenz, verschiedene Tische und Stühle, 1 Schreibsekretär, 1 Klavier, 1 Standuhr, 1 Sofa, 2 Klubsessel, 2 Teppiche, 2 Radioapparate, 1 Grammophon, Velourhüte, Autohauben, Herren-, Damen- u. Kinderschuhe, Filz- und Lederpantoffeln, Ledergamaschen u. a. m.,

öffentlich meistbietend gegen sofortige Zahlung.

Der Verkauf der Schuhe und Autohauben findet bestimmt statt.

Elliger, Obergerichtsvollzieher.

Rotationsdruck und Verlag des „Soester Kreisblatt". (Geschwister Mayne): Verantwortlich für Politik: Herm. Mayne; für Lokales, Provinzielles, Sport u. den übrigen redaktionellen Teil: J. Müller; für den Anzeigenteil: Carl Mayne sämtlich in Soest.



(Urheberschutz durch E. Ackermann, Romanzentrale Stuttgart)

46]

Aber da trat ihr Karla entgegen und sagte, das gnädige Fräulein habe sie beauftragt, hier zu warten, bis die Herrschaften heimkämen, und wenn es noch nicht gar zu spät sei, lasse sie die gnädige Frau Litten, doch ja noch ins Eßzimmer zu kommen.

Da half nun nichts, Ilse mußte, so unangenehm es ihr war, dem Wunsch des alten Fräuleins nachkommen.

Als sie die Tür zum Eßzimmer öffnete, blieb sie sprachlos auf der Schwelle stehen. Am Tisch saßen zwei alte Damen, die ihr lächelnd entgegenblickten: Tante Sabine und Tante Freda aus Udendorf!

„Na also, da bist du ja!" sagte Tante Freda aufstehend und Ilse mit ausgebreiteten Armen entgegeneilend. „Ilsekind, mein Ilsekind, endlich hab' ich dich wieder! Wenn du wüßtest, wie sehr ich mich nach dir gesehnt habe!"

Tränen standen in Frau Stippwitz' Augen, und auch Ilse unterdrückte nur mit Mühe ein jäh aufsteigendes Schluchzen bei dem lang entbehrten Ton mütterlicher Liebe, der wie Balsam auf ihr wundes, vereinsamtes Herz fiel.

Wie eine Fatamorgana tauchte ihre ganze glückliche Mädchenzeit vor ihr auf: die Träume von Glück und Liebe, der Frieden von Udendorf, Tante Fredas zärtliche Fürsorge, die so fröhlich betriebenen Hochzeitsvorbereitungen und dann . . . dann . . . Ja, dann war das Erwachen gekommen, die große Enttäuschung und innere Vereinsamung inmitten von Glanz und Reichtum!

Es dauerte lange, bis man sich allseits so weit von der Ueberraschung erholt hatte, daß Ilse zwischen den alten Damen am Tisch sitzen und Tante Sabine ihr zur ‚Stärkung' eine Tasse Tee hinschieben konnte.

„Also, was sagst du zu alledem?" fragte Tante Freda dann vergnügt, nachdem sie aus all der Rührung heraus sich wieder zu ihrem trockenen Humor durchgerungen hatte. „Famos gelungen, was?"

„Ja, aber warum hast du denn vorher kein Wort geschrieben? Du sprachst in deinen Briefen immer vom Frühjahr."

„Eben, weil ich dich überrumpeln wollte! Erst wollte ich doch schon im Herbst nach der Ernte kommen, aber da packte mich diese scheußliche Influenza und ließ mich bis Ende November nicht aus den Fängen. Dann war Weihnachten. Du weißt, daß ich da nicht fort kann: Kinderbescherung, Leutebescherung, Christfeier im Udendorfer Siechenhaus, im Armenhaus, im Kindergarten — und überall gibt's eine Menge Vorarbeiten dazu — kurz eine Unmöglichkeit, da an Reisen zu denken. Nun aber war das glücklich vorüber, und bis zum Frühjahr hätte ich's ja doch im Ernst nicht ausgehalten, ohne mein Ilsekind mal wiederzusehen! Aber wo ist denn dein Mann? Warum läßt er sich nicht blicken?"

„Erich ist noch draußen mit den andern in der Försterei! Mir war nicht gut . . . Kopfschmerzen! Da fuhr ich früher heim."

„Wie, so ganz mutterseelenallein fuhrst du durch die Nacht heim?"

„Ein Bekannter, Conte Bistarini, begleitete mich."

Tante Sabine warf Frau Stippwitz einen vielsagenden Blick zu. „Siehst du wohl, daß ich recht hatte?" stand darin. „Das ist doch sicherlich nicht das Richtige zwischen jungen Ehegatten, daß er sie allein heimfahren läßt mit einem fremden Menschen und selbst ruhig bei der Gesellschaft bleibt!"

Tante Freda war ganz derselben Meinung, sagte aber nichts. Man redete dann noch eine kurze Weile über gleichgültige Dinge, wie Dody Münzbergs bizarren Einfall, bei dieser Kälte eine Schlittenfahrt in Kostüm und einen Maskenball in der entlegenen Försterei zu veranstalten, über Ilses altdeutsches Edeldamekostüm, das Tante Freda aufreizend luxuriös fand, über Udendorf, die dortige Weihnachtsfeier und all die Bekannten, die tausend Grüße an Ilse mitgeschickt usw.

Dann erhob sich Frau Stippwitz und mahnte zum Aufbruch: „Ilse hat Kopfschmerzen, und ich bin todmüde von der langweiligen Eisenbahnfahrt, und morgen ist ja auch noch ein Tag," meinte sie. „Drei Tage habe ich mir Urlaub gegeben, und da werden wir uns ja wohl noch genügend ausplaudern können — gelt, Ilsekind? Wann ist hier Frühstückszeit?" fragte sie zum Schluß.

Es stellte sich heraus, daß es im Haus Lobenwein keine gemeinsame Frühstückszeit gab. Jeder frühstückte, wann er wollte; Tante Sabine sehr zeitig, ehe sie ihr Tagewerk im Haus begann; ihr Bruder, ehe er ins Kontor ging; Erich im Bett, und Ilse in ihrem Zimmer, wann es ihr gerade einfiel.

„Also dann lade ich mich bei dir ein, Ilsekind. Ist es dir um neun noch zu früh?"

„Gott bewahre, Tantchen, es kann auch früher sein. ich bin ja meist schon um acht Uhr fix und fertig.

„Schön, dann also um halb neun."

Ilse und Tante Sabine geleiteten Frau Stippwitz nach dem für sie bestimmten Fremdenzimmer, das im zweiten Stockwerk lag. Dann suchte Ilse aufatmend ihr Schlafgemach auf.

So lieb sie Tante Freda hatte, gerade jetzt war ihr deren Besuch eher beängstigend als erfreulich. Tante Freda hatte so unheimlich scharfe Augen, wenn irgendwo etwas nicht stimmte.

Ilse war körperlich und seelisch völlig erschöpft, konnte aber trotzdem keinen Schlaf finden in dieser Nacht

Aus Westdeutschland

Vom Niederrhein

Tragikomödie eines deutschen Landwirts in Paris

Festnahme eines raffinierten belgischen Darlehnsbetrügers in Düsseldorf. — Im ganzen 50 000 RM. ergaunert

Einem Darlehnsbetrüger, der es verstanden hat, über ein Jahr lang leichtgläubige Geldgeber um Beträge von insgesamt über 50 000 RM zu schädigen, hat die Kriminalpolizei in Düsseldorf durch Festnahme jetzt das Handwerk gelegt. Es handelt sich um einen belgischen Kaufmann Louis von de Putte, der durch einen außerordentlich plumpen Schwindel Düsseldorfer und auswärtige Bewohner zur Hergabe von Bargeld in Einzelbeträgen von 4 000 bis 30 000 RM. zu überreden wußte. Er war glücklicher Besitzer eines möblierten Zimmers und verschiedener Kisten, in denen sich angeblich wertvolle und gesuchte Arzneien befinden sollten. Mit Hilfe dieser Waren redete er seinen Opfern vor, daß er diese Medikamente für einen hohen Preis an zwei Pariser Interessenten verkaufen könne. Er benötige jedoch vorher einen größeren Geldbetrag, um die Vermittlung des Geschäfts zu schmieren und zur Bestreitung größerer Reisen nach Frankreich.

Ein besonders vorsichtiger Landwirt, der um 30 000 RM. betrogen worden ist, machte vor Hergabe des Geldes zur Bedingung, daß er mit van de Putte selbst nach Paris fahren müsse, um den angeblichen Käufer kennen zu lernen. Der Betrüger nahm den Landwirt auch mit nach Paris, und traf dort in einem Restaurant mit zwei Bekannten zusammen, mit denen er sich in französischer Unterhaltung über den deutschen Landwirt lustig machte. Der Landwirt verstand natürlich nichts von dem Gespräch und war am Schluß zufrieden, als man ihm sagte, das Geschäft sei abgeschlossen und alles in Ordnung. Nun nahm der Landwirt schleunigst hohe und kurzfristige Hypotheken auf sein Anwesen und zahlte dem van de Putte die 30 000 RM. aus; natürlich hat er von dem Gelde nichts wiedergesehen. Seine Gläubiger aber verlangten Rückzahlung des geliehenen Geldes und ließen Haus und Grund des Bauern versteigern.

Nach den bisherigen Feststellungen hat van de Putte auf diese geschilderte Weise den Betrag von 50 000 RM. ergaunert.

70 000 RM. erschwindelt

Ein Gauner in Düsseldorf festgenommen

Der Fahndungsdienst der Düsseldorfer Kriminalpolizei nahm hier einen angeblichen Dr. phil. fest, der in Gemeinschaft mit einem anderen einen Leipziger Arzt durch groß angelegte Betrugsmanöver um 70 000 RM. geschädigt hat.

Der Düsseldorfer Dentistenprozeß

Gefängnisstrafen für einen großen Betrug an der Ortskrankenkasse

Vor dem Düsseldorfer Erweiterten Schöffengericht fand der Prozeß gegen den Obersekretär Buse, den Graveur Kaiser, die Dentistinnen Müller und Esser und gegen die Dentisten Zech, Mumann, Dörenbeck und Dreßler wegen Betruges zum Nachteil der Düsseldorfer Allgemeinen Ortskrankenkasse statt.

Der Angeklagte Buse hatte als Beamter der Allgemeinen Ortskrankenkasse die Prüfung der Sammelrechnungen der Dentisten vorzunehmen und die Zahlungen anzuweisen. Er lernte die Dentistin Müller, die nicht zur Krankenkasse zugelassen war, kennen. Mit ihr fertigte er gemeinschaftlich nun gefälschte Listen an, die auf Namen von Dentisten lauteten, die im allgemeinen wenig Rechnungen bei der Krankenkasse einreichten. Diese Listen versah er mit seinem Prüfungszeichen. Das Geld hob er abwechselnd mit Frau Müller ab, wobei er die Unterschriften der Dentisten fälschte. Das so erzielte Geld, das sich in sieben Monaten auf 6 509 RM. belief, wurde geteilt. Der mitangeklagte Graveur Kaiser hatte die Listen, wie er sagt, gutgläubig auf Veranlassung von Buse abgeschrieben. Von den übrigen fünf Angeklagten haben zwei als zugelassene Mitglieder der Ortskrankenkasse die Patienten der übrigen, die nicht zugelassen waren, auf ihre Listen aufgeführt und die entsprechenden Rechnungen einkassiert. Für diese Gefälligkeit erhielten sie Teilbeträge der bezahlten Rechnungen. Außerdem sollen noch einige von ihnen, z. B. der Dentist Dörenbeck, in 2 600 Fällen, viel zu hohe Kosten berechnet haben.

Bei der Vernehmung der Angeklagten beschuldigten diese sich teilweise gegenseitig. So behaupteten die beiden Dentisten, die mit dem Angeklagten Neumann arbeiteten, sie hätten den Angeklagten Neumann nur vertreten, die Fälschungen hätte Neumann selbst begangen.

Das Gericht schloß sich hinsichtlich der beiden Hauptangeklagten, Obersekretär Buse und Frau Müller-Triebel, dem Antrage des Staatsanwalts auf ein Jahr vier Monate Gefängnis bei Buse und sieben Monate Gefängnis bei Müller-Triebel an. Die übrigen Angeklagten wurden wegen fortgesetzten Betrugs zu kleineren Gefängnisstrafen von sechs Wochen bis zu zwei Monaten, für die aber bedingte Strafaussetzung gewährt wurde, verurteilt. Ein Angeklagter wurde freigesprochen. Bei dem Angeklagten Buse erließ das Gericht Haftbefehl wegen Fluchtverdachts.

Der Status der rheinischen Landesbank

Sitzung des Provinzialausschusses der Rheinprovinz

In der Sitzung des Provinzialausschusses wurde

ein Bericht des Provinzialausschusses an den Provinziallandtag über die Landesbank der Rheinprovinz

festgestellt. Der Bericht geht in seinem letzten Abschnitt auf den gegenwärtigen Status der Landesbank, die Notwendigkeit von Abschreibungen und auf Zukunftsfragen ein. Der genaue Status zum 30. November 1931 in Aktiva und Passiva mit rd. 831 Millionen RM abschließend, ist dem Bericht beigefügt. Es werden in dem Bericht folgende Gesichtspunkte hervorgehoben: Anteil der Kommunalkredite an den Gesamtkreditvolumen, Verwendung kurzfristig aufgenommener Gelder für langfristige Zwecke und die damit im Zusammenhang stehende Frage der Liquiditätsvorsorge wie des kreisfesten Aufbaues des Gesamtgeschäfts, Bilanzierungsfragen und

Zusammensetzung des Verwaltungsrats.

Was die letztere Frage betrifft, so erklärt der Bericht, daß in den Aufsichtsorganen eines Instituts des Provinzialverbandes, dessen Steuerträger die Kommunen sind, auch diese Kommunen Sitz und Stimme haben müßten. Der Bericht wirft die Frage auf, ob die Höhe der Kreditgewährung an die Kommunen im Rahmen des Gesamtgeschäfts verantwortet werden kann und wenn nicht, wer die Verantwortung trägt, ferner die Verwendung kurzfristiger Gelder zu langfristigen Investitionszwecken, und ob den Generaldirektoren bezüglich der Aufgliederung der letzten Bilanz oder anderer Angaben in Bilanz- oder Geschäftsbericht Vorwürfe zu machen sind. Der Bericht stellt fest, daß sich die Kredite der Landesbank an Kommunen und öffentlich-rechtliche Verbände in Höhe von rd. 676,5 Millionen RM wie folgt aufgliedern:

Ausleihungen an die Kommunen und Kommunalverbände 608,1 Millionen RM und zwar an die Provinz 74,136 Millionen RM Stadtkreise 343,038 Millionen RM, Landkreise, Kreisstädte u. Landgemeinden 191,006 Millionen RM.

Zur Frage der Berechtigung der hohen Kommunalverschuldung erkennt der Bericht an, daß in der Vergangenheit

mit optimistischen Plänen des Guten zu viel

getan worden sei. Man dürfe aber den großen Aufgabenkreis nicht aus dem Auge lassen, der den Kommunen nach zehnjähriger Vernichtung in der Kriegs- und Inflationszeit erwachsen sei. Zu vielen dieser Aufgaben wurden die Kommunen veranlaßt

durch das Drängen der Reichs- und Staatsregierung, der Arbeitslosigkeit durch Inangriffnahme öffentlicher Arbeit entgegenzuwirken.

Im Rheinland kamen noch die Anforderungen durch die lange Besatzungszeit hinzu, aus dieser Gesamtlage sei der Verwaltungsrat zu der Vorstellung gelangt, helfen zu müssen. Betreffend die Verwendung kurzfristiger Gelder zu langfristigen Investitionszwecken stellt der Bericht fest, daß zwar aus den bekannten Gründen heraus eine Finanzierung von ihrer Natur nach langfristigen Kreditbedürfnissen in großem Umfange durch Wiederausleihung kurzfristig hereingenommener Gelder erfolgt sei und daß

sich die Generaldirektoren auch über die Möglichkeit einer Umschuldung getäuscht hätten.

Man könne der Landesbank nicht vorwerfen, daß sie die Möglichkeiten zur Ausschöpfung ihres Emissionskredites nicht in genügendem Maße ausgenutzt habe. Anerkannt werden müsse, daß seit 1929 die Landesbank sich nachdrücklich um eine Umschuldung der rheinischen Kommunen im Rahmen der geplanten großen Umschuldungsaktion bemüht habe. Es sei gelungen, durch Umwandlung von Dreimonatsgeldern in Sechsmonats- und Jahresgelder die innere Konsolidierung zu verbessern. In Uebereinstimmung mit den Gutachten der Vereinigung von Banken und Bankiers von Rheinland und Westfalen stellt der Bericht fest, daß

der Liquiditätsmangel nicht als Folge einer zu geringen Liquiditätsvorsorge im subjektiven Sinne

angesehen werden könne. Die Tatsache, daß die Landesbank bei Beginn der Krise in der Lage gewesen sei, in wenigen Wochen über 100 Millionen RM aus eigenen Mitteln zur Auszahlung zu bringen, müsse als Beweis dafür gelten, daß sie allen Anforderungen einer „normalen" Krise hätte gerecht werden können, und daß sie

nur das Opfer einer allen überraschend gekommenen katastrophalen Zuspitzung der Dinge

geworden sei. Festgestellt wird, daß die Krise bei der Landesbank nicht darauf zurückgeführt werden könne, daß sie zu hohe Währungsverpflichtungen eingegangen sei, und daß gerade der plötzliche Rückruf dieser Gelder Anlaß zur Zahlungsstockung gegeben habe. Zur Frage, ob den Generaldirektoren hinsichtlich der Aufgliederung der Bilanz oder anderer Angaben im Bilanz- und Geschäftsbericht begründete Vorwürfe zu machen seien, gelangt die Kommission zu dem Ergebnis, daß diese Fragen zwar einer verschiedenen Beurteilung unterliegen könnten, daß aber an dem

guten Glauben der Generaldirektoren

bei Anwendung der von ihnen seit langem geübten und von den bisherigen der Zahlungsstockung vorausgegangenen Revisionen nicht beanstandeten Methoden keine Zweifel bestehen können. Im Schlußkapitel stellt der Bericht fest, daß

der Status der Landesbank auch heute noch aktiv

ist. Die Deutsche Revisions- und Treuhandgesellschaft gelangt unter Einbeziehung des Stammkapitals zu einem Aktivsaldo von rd. 33 Mill. RM, der allerdings nach Auffassung der Treuhandgesellschaft durch die notwendigen Rückstellungen für Geldbeschaffungskosten (bis disagio) aufgezehrt werden dürfte. Der dem Provinzialausschuß vorgelegte Bericht gelangt jedoch zu der Ueberzeugung, daß das tatsächliche Bild sich voraussichtlich noch günstiger gestalten wird.

Vom Mittel- und Oberrhein

Betrogene Rauschgifthändler

Eine Rauschgiftschmugglerbande aus dem Saargebiet festgenommen.

Die Polizei in Losheim (Bezirk Trier) nahm sechs Mitglieder einer Rauschgiftschmugglerbande fest, die sämtlich aus dem Saargebiet stammen. Die Vorgeschichte der Ermittlung und Festnahme ist ebenso originell wie interessant. Ein Dentist in Losheim hatte vier Rauschgifthändlern Kokain verkauft und dafür 10 000 Mark erhalten. Da das Kokain aber gefälscht war, drangen die vier Betrogenen nachts in die Wohnung des Dentisten und forderten echte Ware oder ihr Geld. Da sie mit dem Revolver ihre Forderungen unterstrichen, rief die Tochter des Dentisten die Polizei zu Hilfe, die auch gleich erschien und nach Kenntnisnahme der Vorgänge die ganze Bande in Gewahrsam brachte. Die Tochter des Dentisten wurde unter dem Verdacht der Mitwisserschaft festgenommen. Die Schmuggler gehören einer weitverzweigten Bande an, die schon seit längerer Zeit Rauschgifte vertreibt. Ein Mitglied war einige Tage vorher in Trier festgenommen worden bei dem Versuch, Kokain, Opium und Morphium abzusetzen. Da er aber die Namen seiner Komplizen und Hintermänner nicht nannte, war die Polizei auf sich selbst angewiesen.

20 000 RM. Postgelder veruntreut

Auch ein Wiesbadener Postinspektor verhaftet

In der Unterschlagungsaffäre bei der Post in Erbenheim bei Wiesbaden ist außer dem Oberpostschaffner Seib nun auch sein Aufsichtsbeamter, der Postinspektor Fabrian, wegen Verdachts der Mittäterschaft in Haft genommen worden. Etwa 20 000 RM. sind veruntreut worden.

Köln. Brand in einem Kino. Aus bisher unbekannter Ursache brach in einem Lichtspieltheater auf der Neußer Straße im Vorführungsraum ein Brand aus, der einen Schaden von

daß die Besucher ruhig das Kino verließen, sind Personen nicht zu Schaden gekommen.

Bonn. Dr. Lühl und Dr. Fischer wünschen Pensionierung. Der stellvertretende Bonner Oberbürgermeister, Beigeordneter Dr. Lühl hat seine Pensionierung zum 1. Juni ds. Js. nachgesucht und gleichzeitig gebeten, ihn vom Tage des Dienstantrittes des neuen Oberbürgermeisters an zu beurlauben. Beigeordneter Dr. Lühl war damals von der Hitler-Partei und der Wirtschaftspartei zum Oberbürgermeister vorgeschlagen worden. Er ist seit 1903 als Beigeordneter der Stadt Bonn tätig, 60 Jahre alt und im Kreise Schleiden beheimatet. — Zum gleichen Tage hat auch der bisherige Intendant des Bonner Stadttheaters, Dr. Fischer, sein Pensionierungsgesuch eingereicht. Fischer hat seit zehn Jahren die Intendanz inne und sich während seiner Tätigkeit große Verdienste erworben.

Bonn. Ehrenvolle Berufung eines Gelehrten. Der Bonner Romanist Prof. Dr. Ernst Curtius wurde von der Universität Central in Madrid als der diesjährige deutsche Gastprofessor zu Vorlesungen über sein Forschungsgebiet eingeladen. Die Universität Barcelona hat sich dieser Aufforderung angeschlossen.

Koblenz. Zuchthaus wegen eines Zahnradzahnes. Das Schwurgericht verurteilte gestern einen Arbeiter aus Heinzermühle (Brohltal) wegen Meineides zu 1 Jahr Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust bei sofortiger Verhaftung. Der Arbeiter war bei einem Schlossermeister beschäftigt, der in einer Mühle seinerzeit ein Zahnrad einzubauen hatte. Wegen der Bezahlung kam es später zwischen dem Besitzer der Mühle und dem Meister zu Streitigkeiten. Vor Gericht sagte der Arbeiter eidlich aus, daß kurz nach der Anbringung des Zahnrades ein Zahn ausgebrochen sei. Es wurde aber festgestellt, daß die Beschädigung erst geraume Zeit später eingetreten war.

Mayen. Eine germanische Siedlung entdeckt. Beim Ausbau eines Sportplatzes in dem Orte Kirchesch wurden prähistorische Funde gemacht, die um so überraschender sind, als man in diesem Gebiet keinerlei prähistorische Vergangenheit vermutete. Es handelt sich u. a. um ein germanisches Frauengrab aus der Zeit um Christi Geburt. Eine Anzahl Gefäße und sonstiger Geräte gibt den Beweis, daß sich dort auf dem abgelegenen Hochplateau einst eine germanische Siedlung befand, während die Römer in dem nahe gelegenen Tal hausten. Die gefundenen Gegenstände weisen außerordentliche Formschönheit auf und geben einen Einblick in die damals in hoher Blüte stehende Handwerkerkunst. Für die Geschichts- und Altertumsforschung dieser Gegend gibt der Fund völlig neue Anhaltspunkte.

Münsterland, Ostwestfalen

Im Bett mit der Schnapsflasche vom Feuer überrascht

Im Bett geraucht

Der 66jährige Invalide Grozewski aus der Bauernschaft Ester bei Ahlen wurde in seinem Schlafzimmer tot gefunden. Als ein Bekannter den Invaliden, der seinen 66. Geburtstag feierte, besuchen wollte, schlug ihm aus der Wohnung starker Rauch entgegen. Nachdem mit Hilfe von Nachbarn die Fenster eingeschlagen wurden, damit der Rauch abziehen konnte, bemerkte man, daß das Bett in hellen Flammen stand, während Gr. tot auf dem Fußboden lag. Da man eine zum Teil gefüllte Schnapsflasche vorfand, muß angenommen werden, daß der Invalide nachdem er dem Alkohol reichlich zugesprochen hatte, im Bett geraucht hat und das Bett Feuer fing. Grozewski, der eingeschlafen war, ist vermutlich durch Brandschmerzen geweckt worden und hat dann versucht, die Tür zu erreichen. Wie aus der Lage der Leiche hervorgeht, ist er mit dem Kopf gegen die Tür gefallen und dann auf den Fußboden gestürzt. Nach ärztlichen Feststellungen ist der Tod durch Erstickung eingetreten.

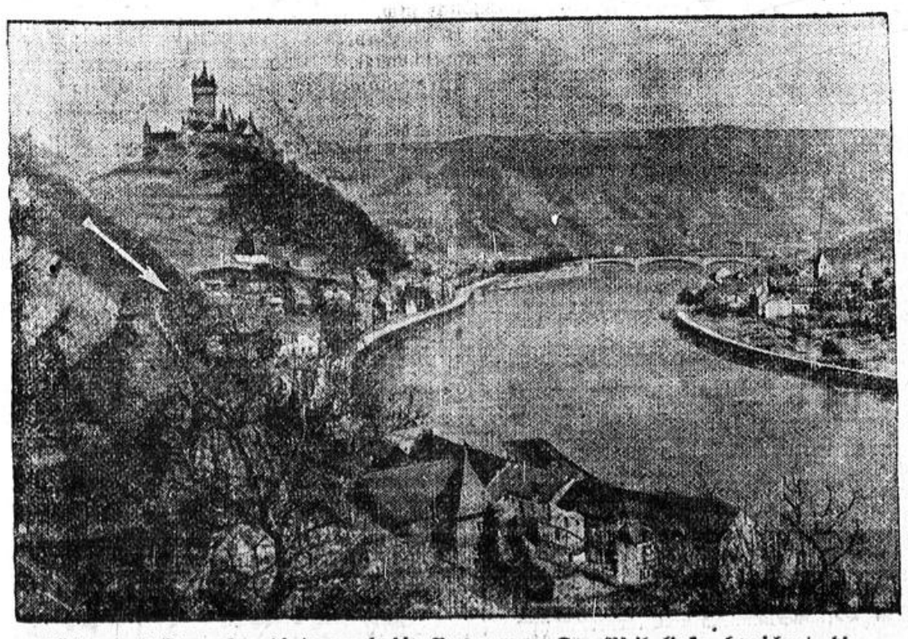
Münster. Ein Schwindler in Geistlichenkleidung. In verschiedenen Ordensniederlassungen und bischöflichen Anstalten der Stadt Münster ist in den letzten Tagen ein Mann vorstellig geworden, der sich, soweit bis jetzt in Erfahrung gebracht werden konnte, Bruder Kamillus und Bruder Valerian, nannte. Einmal wollte er dem Alexanderorden in Neuß, das andere Mal dem Maristenorden in Recklinghausen angehören. Um Unterkunft und Verpflegung zu erhalten, gab er an, daß ihm bei der Unterbringung eines Geisteskranken Schwierigkeiten entstanden seien. Diese könnten nur durch Rücksprache mit dem Herrn Landeshauptmann beseitigt werden, und es sei eine Uebernachtung erforderlich. Vor dem Schwindler, der etwa 50 bis 60 Jahre alt ist, und eine Art Geistlichenkleidung trägt, wird gewarnt. Sollte er irgendwo auftreten, so wolle man ihn anhalten und die Polizei sofort verständigen.

Aus dem Ruhrbezirk

Duisburg-Hamborn. Im letzten Augenblick vor dem Tode gerettet. In einem hiesigen Hotel wurde ein Liebespaar in seinem Zimmer bewußtlos gefunden. Durch starken Gasgeruch war man aufmerksam geworden und fand das Paar in dem gasgefüllten Zimmer. Es handelt sich um junge Leute aus Mülheim-Styrum, die freiwillig in den Tod gehen wollten, da sich ihrer Heirat Hindernisse in den Weg gestellt hatten. Das Paar wurde dem Krankenhause zugeführt.

Hattingen. Beim Kohlenschürfen eingeschlossen. — Durch Notausgänge gerettet. Auf einer außer Betrieb befindlichen Zechenanlage hinter dem großen Weitmarer Holz im benachbarten Stadtteil Baak-Sundern stürzte ein Stollen zusammen und riegelte sechs Leute, die unbefugt in den Schacht geklettert waren, um Kohlen zu schürfen, von der Außenwelt ab. Da den eingeschlossenen Leuten die Notausgänge aus dem etwa 40 Meter tiefen Schacht bekannt waren, kam-

Zu dem Bergrutsch bei Cochem



Blick auf Cochem. Im Hintergrund die Burg. — Der Weil links bezeichnet die Straße [illegible]

Die Lesestunde

Roboter!

Der künstliche Mensch marschiert!

Der künstliche Mensch, ein Traum so alt wie die Suche nach dem Stein der Weisen und dem Perpetuum mobile! Eine Idee, die mittelalterliche Alchimisten gleichermaßen begeisterte wie unsere modernen Ingenieure. Phantastische Köpfe prophezeiten, daß mit der Erfindung des künstlichen Menschen ein neues, goldenes Zeitalter aufdämmern werde, eine Epoche ungeheuren kulturellen und materiellen Aufschwungs. Die Menschheit, bisher durch elende Kleinarbeit in ihrer eigentlichen Entwicklung gehemmt, werde durch das Heer der künstlichen Menschen von ihren Alltagssorgen entlastet, sich dann allein der Erfüllung höherer, geistiger, tultureller Aufgaben zuwenden können. Weder mit Kochen noch Reinemachen, Fabrikarbeit und Feldbestellung werde sich der Erdenbürger von morgen zu plagen haben. Die Verkehrsmittel würden ebenso von künstlichen Menschen bedient werden, wie der Gesteinsbohrer im Bergwerksschacht, und die Polizei werde sich gleichermaßen aus künstlichen Menschen zusammensetzen wie die Feuerwehr und das Militär! Kurzum, das schon heute im rasenden Wirbel des Verkehrs ständig wachsende Gefahrenmoment werde auf ein Minimum zusammenschrumpfen, und wenn schon mal ein Verkehrsunfall, eine Grubenkatastrophe oder sonst ein Unglück geschehe, dann würden ihm eben in erster Linie künstliche Menschen zum Opfer fallen! Künstliche Menschen, die man durch ein paar neueingesetzte Schrauben ohne viel Schwierigkeiten wieder zum „Leben" zurückrufen könne!

Alles dies klingt im ersten Augenblick natürlich reichlich romantisch, ja, vielleicht sogar bis zu einem gewissen Grade lächerlich. Im Grunde genommen sind aber alle diese Ideen weniger überspannt, als sie es erscheinen, ja, sie haben sogar eine praktische Berechtigung! Denn wenn wir es uns recht überlegen, sind wir nicht bereits heute von einem Heer von Robotern umgeben, sind unsere ungezählten verschiedenartigen modernen Apparate, Mechanismen und Maschinen nicht in Wahrheit auch künstliche Wesen, wenn auch äußerlich nicht in menschenähnlicher Gestalt!? Ist unser Staubsauger nicht ein Ersatz für eine Reinemachefrau, das Automobil oder der Traktor nicht der Nachfolger des Pferdes, leistet die automatische, aufs präzisieste arbeitende Telefonzentrale nicht genau dasselbe wie ein ganzes Heer von flinken, aber nicht immer zuverlässigen Damen, und verrichtet der elektrische Stuhl nicht in furchtbarer Kaltblütigkeit genau dasselbe Werk wie ein gelernter Henker!? Die Reihe dieser Vergleiche könnte noch beliebig erweitert werden, und ein Ende zu finden, würde uns bereits heute kaum gelingen. Und dabei schreitet die Mechanisierung jeglicher Tätigkeit, die sich in eine Reihe automatischer Vorgänge zerlegen läßt, immer weiter fort! Das neue, obzwar nicht goldene, wohl aber stählerne Zeitalter scheint tatsächlich sehr nahe!

Denn auch der künstliche Mensch „persönlich", die Maschine in Menschengestalt und mit menschlichen Funktionen, das, was die Alten sich nicht ohne abergläubische Schauer unter einem Homunkulus vorstellten, ist da! Und nicht bloß als Puppe mit einigen wenigen, sehr begrenzten Möglichkeiten, wie sie etwa die künstlichen Menschen von Baucanson und Croz an sich hatten, sondern als richtiges, bis zu einem gewissen Grade „selbständiges Wesen", das fähig ist „Arbeit" zu leisten! Und gerade auf diese Arbeit kommt es ja an! Erst mit dem Moment, wo der künstliche Mensch nicht nur Spielzeug und Kuriosum, sondern darüber hinaus vor allem auch Arbeiter ist, bekommt diese Erfindung praktischen Wert und Bedeutung, beginnt sie einen wesentlichen Einfluß auf die Entwicklung der menschlichen Zivilisation zu gewinnen. Daher gab der Erfinder des ersten, wirklich zu produktiver Tätigkeit fähigen Maschinenmenschen, der Londoner Journalist W. H. Richards, seinem Geschöpf auch den Namen „Robot", das heißt unter Anwendung eines slawischen Wortstammes: Arbeiter!

Es ist nicht uninteressant, wie dieser Journalist Richards aus London dazu kam, sich einen solchen Robot zu konstruieren. Er war von einer Fachvereinigung beauftragt worden, eine Ausstellung in London zu leiten und für eine möglichst feierliche oder sensationelle, in jedem Fall aber aufsehenerregende Eröffnung Sorge zu tragen. Herr Richards wandte sich also an den Herzog von York, einen Sohn des Königs von England, und bat diesen, die Eröffnungsrede zu halten. Der Herzog von York sagte anfangs auch zu, mußte dann aber absagen, da er eine mehrmonatliche Reise antrat. Auch einige andere Persönlichkeiten, von denen Richards annahm, daß sie das Publikum in die Ausstellung locken könnten, gaben ihm einen Korb. Da faßte ihn der gerechte Zorn! Und er beschloß in jener schicksalsschweren Stunde, weder einen Prinzen, noch einen Bürgermeister oder sonst einen hohen Würdenträger die Eröffnungsrede halten zu lassen, sondern diese Obliegenheit einem künstlichen Menschen, der allerdings erst geschaffen werden mußte, zu übertragen!

Es ist eine alte Geschichte, daß ein phantastischer Einfall, mit etwas Trotz und Energie untermauert, die beste Grundlage für eine aufsehenerregende Neuerfindung liefert. Auch Richards, von allen „lebenden Menschen" verlassen, andererseits aber bestrebt, seine Auftraggeber nicht zu enttäuschen, sondern wenn möglich recht viel Ehre mit seiner Arbeit einzulegen und für sich selbst möglichst viel Reklame zu machen, begab sich mit Feuereifer an sein Werk. Tage- und nächtelang schloß er sich mit einem Freunde ein, brüteten die beiden Männer wie mittelalterliche Alchimisten über allerlei auf den ersten Blick reichlich verworren aussehenden Plänen, zeichneten, rechneten und unternahmen sie die merkwürdigsten Versuche. Dann aber eines Morgens beschafften sie sich das notwendige Material: dünne Stahlplatten, Zahnräder und -rädchen, Schrauben und Federn, Spulen und Kupferdrähte, — und begannen zu basteln. Bekannte, soweit sie wußten, was Richards vorhatte, erklärten ihn für komplett verrückt und er selbst glaubte es manchmal zu sein, wenn er nüchtern über seine Arbeit nachdachte. Dann aber kam wieder der Rausch des Schaffens über ihn, dazu rückte der Tag der Eröffnung immer näher, seine ganze Zukunft lag in den ungefügen Händen des künstlichen Menschen!

Und dann schlug die Stunde, daß die letzte Schraube angezogen, das letzte Drähtchen verlötet, die letzte Stahlplatte festgemacht war! Auf einem Stuhl, fast wie ein geharnischter Ritter anzusehen, saß das Wesen vor den beiden Männern in der Werkstatt. Richards machte eine zaghafte Bewegung, schaltete den Mechanismus ein. Würde der künstliche Mensch zum Leben erwachen oder nicht? Bange, qualvolle Sekunden! Und dann plötzlich ging ein leises Aechzen durch den Leib des stählernen Wesens, die Gelenke knackten, es erhob sich schwerfällig von seinem Sitz, trat etwas vor, bewegte wie grüßend die Hand und begann zu reden! Eine schöne, wohlgesetzte Rede über allerlei technische Dinge! Richards weinte fast vor Freude! Die Herstellung des künstlichen Menschen, des Homunkulus, des Robot, war glänzend gelungen! Am nächsten Tage eröffnete er unter dem frenetischen Jubel einer vieltausendköpfigen Menge in Vertretung des Herzogs von York die Ausstellung. Richards' Auftraggeber hatten die Sensation, die sie brauchten.

Dieser Robot ist natürlich nicht der einzige seiner Art geblieben, denn der Ruhm des Journalisten Richards ließ natürlich auch eine Reihe anderer unternehmungslustiger Menschen nicht schlafen. Heute jagt man, genau so wie auf allen anderen Gebieten, auch in Bezug auf Roboter nach Rekorden, denn jeder Robot-Konstrukteur strebt naturgemäß danach, seinen „künstlichen Menschen" so vollkommen und menschenähnlich zu machen wie irgend möglich. Die Erfolge, die dabei erzielt werden, sind denn auch durchaus beachtliche, und der Zeitpunkt wird vielleicht kommen, wo wir auf den Straßen Robotern begegnen werden, die — ferngelenkt durch elektrische Wellen — ihren „Pflichten" nachgehen.

Kurzum, der künstliche Mensch marschiert...!

Sigber.

„Atlanta" und „Hummel-Hummel"

Zwei Reinschiffe fahren über den Ozean

Von Hamburg bezw. von Travemünde aus treten in diesen Tagen zwei Kleinschiffe die Reise über den Ozean an. Einmal ist die Abenteuerlust ausschlaggebend und das andere Mal der Forscherwille. Früher fuhren die Wikinger in „Nußschalen" über den Ozean und entdeckten Amerika. Heute entdeckt man keine neuen Erdteile mehr, aber es gibt manches zu erforschen und zu erkunden in den Meeren und in den fernen Landen. Und sei es nur ein Arbeitsplatz.

Auf die Arbeitssuche mit ihrem Kleinschiff gehen nämlich drei Hamburger, die nach langer, entmutigender, trostloser Arbeitslosigkeit eines Tages keine Lust mehr hatten, alles „verscheuert", was sie noch hatten, und nun fertig stehen zur Weltreise. „Hummel-Hummel" heißt bezeichnenderweise das Boot — es fällt schwer, „Schiff" zu sagen zu diesem Fahrzeug von 9½ Meter Länge, und 2½ Meter Breite. Aber der Kahn ist gut, stabil und fest und glänzend ausgerüstet. Ein Steuermann Lis wird den Segler „Hummel-Hummel" führen, und die Brüder Eberhard werden ihm dabei helfen. 40 Tage wollen sie nur brauchen, um zur amerikanischen Küste zu gelangen. Der Himmel sende ihnen guten Wind — und einen guten Arbeitsplatz, wo der Segler erst einmal ein wenig ausruhen kann.

Viel bedeutsamer aber ist die Fahrt des Seglers „Atlanta", der nur 14 Meter lang ist und 120 Quadratmeter Segel mißt. Dieser Segler soll eine regelrechte wissenschaftliche Expedition durchführen, die von Filmleuten und Schriftstellern geführt wird. Man rechnet damit, daß dieser Segler 10 000 Kilometer in etwa 20 Tagen zurücklegen kann. Am 1. August beginnt das Internationale Polarjahr, das auf dem Gebiete der maritimen Meteorologie und Aerologie viel Arbeit leisten soll. Der Segler „Atlanta" wird mit von der Partie sein und sich ebenfalls für die nördliche Halbkugel und deren Wetterverhältnisse interessieren. Das Unternehmen steht unter Leitung des Nordlandschriftstellers Walter Grieg.

Die großen Expeditionsschiffe fahren nicht mehr. Der Einzelne sucht ganz für sich, was er ergründen will. Das Entdecken scheint wieder mehr eine persönliche Angelegenheit zu werden. Der Eine geht, um für die Wissenschaft zu entdecken, und der Andere sucht Arbeit zu finden für sich und seine Kameraden.

Buntes Allerlei

Das Rathaus von Thorn vom Einsturz bedroht

Das altberühmte Rathaus von Thorn, das eines der herrlichsten Bauwerke der deutschen Ordenszeit darstellt, ist durch Pfeilersenkung vom Einsturz bedroht. Man hofft jedoch, durch Stützungsarbeiten das Schlimmste abwenden zu können.

Hübsche „Spielwaren" ...

In Newyork wurde dieser Tage ein eingelaufener französischer Dampfer, „Ile de France", von der Zollbehörde kontrolliert. Dabei fand man in einer Reihe von Koffern, welche die Aufschrift „Spielwaren" trugen und deren Inhalt überaus geschickt verstaut war, Rauschgifte im Werte von rund 1 Mill. Dollar. Die „Spielwarentransporteure" wurden sofort verhaftet.

Auf der Suche nach der Mustergattin

Einen interessanten Wettbewerb für junge Mädchen haben große ungarische Organisationen — wohl unter Beihilfe des Staates — ausgeschrieben. Der Wettbewerb hat den Zweck, die „Ideale ungarische Gattin" zu ermitteln. Die Ausgezeichnete wird mit einer Ausstattung belohnt werden, die 5000 Pengö kostet. Die Kandidatinnen müssen sich in folgenden Gebieten auf ihre Eignung zur Hausfrau und Gattin prüfen lassen: Kochkunst und Haushaltsführung, Handarbeiten, Sprachen, Aesthetik, Kindererziehung, Musik, Tanz und gesellschaftliches Auftreten. Der Kommission steht eine Budapester Aristokratin vor. Neben dem Hauptpreis für die „Ungarische Mustergattin" ist eine Reihe weiterer Preise vorgesehen, die allerdings in der Hauptsache aus — Diplomen bestehen.

Man wird also in der nächsten Zeit wohl ab und zu in der ungarischen Presse unter Heiratsanzeigen den Vermerk: „Diplomierte Gattin und Hausfrau" finden können.

Tänzerinnen lernen das ABC ...!

Ein Besuch in der staatl. Ballettschule zu Berlin

Durch einen uralten Hof — ich erwarte eigentlich, einen Reigen krinolinenbekleideter Mädchen heraustänzeln zu sehen — gelange ich zur Schule.

Hier also sitzen sie, die künftigen Ballerinen und Solo-Tänzerinnen, eine Schar blond- und dunkelpagenköpfiger kleiner Mädchen, sittsam auf ihren Bänken und lernen — das ABC. Die Erziehung der Kinder zu Tänzerinnen geschieht nämlich so intensiv und abgeschlossen, daß sie nicht gemeinsam mit anderen Sterblichen die öffentliche Schule besuchen, sondern auch in den Schulfächern eine eigene Ausbildung genießen.

„Wir, zwei Lehrerinnen, unterrichten hier in zwei Klassen, die Sechs- bis Zehnjährigen und die Zehn- bis Vierzehnjährigen", sagt mir die Lehrerin. „Es ist ähnlich wie eine Dorfschule, sogenannter Gruppenunterricht, staatlich anerkannt, angegliedert an eine Berliner Gemeindeschule mit dem Ziel der Volksschule und wie diese unter städtischer Schulaufsicht. Erhalten wird die Schule vom Theater."

Bei meinem Besuch ist es in der Klasse lebendig geworden. Lachend, mit Wichtigkeit erzählend, umringen mich die Pagenköpfchen. So strenge wie in der Volksschule scheint es hier doch nicht zuzugehen. Sie beeilen sich so mit Antworten, daß sie oft schneller auf meine Fragen Auskunft geben als ihre Lehrerin. Mit Rücksicht auf die anstrengende Tanzausbildung haben sie natürlich weniger Unterrichtsstunden als die Volksschule, etwa 20 bis 25 Stunden in der Woche. Schulbeginn nie vor 9 Uhr, um den Kindern, die öfter auch abends beim Theater auftreten, genügenden Schlaf zu sichern. Sprachen werden nicht gelehrt, nur soviel Französisch, als sie zum Tanzunterricht (französische Kommandos) benötigen.

Sind die Mädchen mit vierzehn Jahren dieser Schule entwachsen, erhalten sie weiteren Unterricht in der Berufsschule. Der Berliner Berufsschule ist zu diesem Zweck eine Sonderklasse angeschlossen, die sämtliche Tänzerinnen Berlins von vierzehn bis zu achtzehn Jahren (auch Revue- und Varietetänzerinnen) besuchen müssen.

Diese Ballettschule der Berliner Staatsoper besteht seit nahezu 100 Jahren. Sie gehörte früher zum Hof und stand unter seinem besonderen Protektorat. Die Kaiserin kam häufig zu Besuch. Eingerichtet ist die Schule aufs Modernste: Jedes Kind hat z. B. an der Wand seine eigene große Wandtafel, wie sie nur die neuesten Volksschulen haben. Wie die Lehrerin erzählt, hat sich das Niveau der Zöglinge in den letzten Jahren bedeutend gehoben.

Nachmittags nehme ich an einer Ballettstunde teil. In dem großen, hell erleuchteten Uebungssaal zuzusehen, wie sich die vielen graziösen Kinder im Takt der Musik bewegen, das ist ein reizendes Erlebnis! Nun lerne ich auch die „Ballettmeisterin", eine entzückende, liebenswürdige Dame kennen. Es ist Fräulein Lucia, die bekannte Solotänzerin am Staatstheater.

In schwarzseidener Tanzkleidung sitzt sie auf einem Podium, in der Hand ein Tambourin mit einem Schläger und dirigiert von hier aus die Uebungen der Kleinen: „Eins, zwei, drei, vier! Rond de jambes! Knie fest! Fünf, sechs, sieben acht! Beine schließen! Schlecht, schlecht, Gerda, Spitze viel akkurater! Knie strecken!"

Die Kinder üben, jedes an seiner Uebungsstange, die traditionellen Spitzentanz-Stellungen. Wie Störche stehen sie auf den Spitzen, schütteln die Füßchen, werfen die Beine hoch, biegen den Körper, als wollten sie mitten durchbrechen.

Fräulein Lucia kommandiert: „Erste Position: langsam erheben, bis acht auf der Spitze stehen! Körper ganz nach hinten, bis acht wieder aufrichten! Eins, zwei, drei, vier, fünf, sechs, sieben, acht, in die Grundstellung zurück!" Den Rhythmus gibt Klavierbegleitung, besondere Talenteinteilung unterstreicht Fräulein Lucia mit dem Tambourin.

Es folgen alle möglichen und unmöglichen Uebungen, bald nicht mehr an der Stange, sondern im Kreis. Gehen, Laufen, Hüpfen, fast durchweg in der hier alles beherrschenden Spitzenstellung. Die Meisterin kommandiert, die Kinder üben unermüdlich, unermüdlich, dazwischen die Korrekturen der Tanzmeisterin: „Knie fest! Knöchel fest! Fußspitzen sehr elegant, sie müssen scharf sein wie Nadelspitzen! Lisa — Deine Armhaltung! Das sind ja Schwimmbewegungen!" Ein ganz Kleines, kaum Sechsjähriges, es sieht aus wie ein Fröschlein, kann den Takt nicht aushalten, es knickt schon bei sechs aus der Spitzenstellung ab. Ein Schlag auf das Tambourin: „Aber Elga, kannst Du denn nicht bis acht zählen!"

Jetzt kommt ein Walzer, nach dessen Klängen die Kinder improvisieren, dann ein Fox usw. Es ist erstaunlich, wie schon die Allerkleinsten es verstehen, in ihren Improvisationen eine eigene Note zum Ausdruck zu bringen. Noch nie zuvor auf der Bühne hat mich Tanz und Ballett so entzückt, wie diese unbefangenen, selbst erdichteten Tänze der Kinder. Sie sind beglückt, die Gesichter werden immer strahlender, die Freude am Selbstgestaltendürfen leuchtet ihnen aus den Augen. Zum Schluß allerdings, von Kommando und Leitung der Meisterin befreit, werden die Kinder zu — Kindern, der Tanz artet in übermütiges Tollen aus, verbunden mit tänzerischer Akrobatik, Radschlag, Handstand, Salto, und das kleinste Fröschlein versetzt mir einen gewaltigen Schreck, indem es plötzlich unmittelbar vor mir im Kopfstand landet.

Herr von Laban, der bekannte Tänzer und Direktor des Staatstheater-Balletts, erscheint zum Schluß des Unterrichts zur Inspektion und gibt mir bereitwilligst noch einige Aufschlüsse:

„Der Andrang zu unserer Schule ist enorm, wir können bei weitem nicht alle Bewerberinnen annehmen. Selbstverständlich muß körperlich und künstlerisch eine peinliche Auslese vorgenommen werden. Vor allem wird das Kind, das in Aussicht genommen ist, vom Theaterarzt untersucht, ob es gesund ist und den Anstrengungen der Ausbildung gewachsen sein wird. Deshalb müssen sich auch die Eltern bei der Aufnahme vorstellen, weil uns das immerhin einen Anhaltspunkt gibt. Neben der Körperbeschaffenheit prüfen wir die Kinder auch auf die musikalische Empfindlichkeit. — Mit der Aufnahme ist aber noch nichts Endgültiges erreicht. Mit vierzehn Jahren nämlich kommt erst die große Prüfung, von den Zöglingen sehr gefürchtet, die darüber entscheidet, ob sie bei uns bleiben oder nicht. Sie können sich denken, daß wir hierbei sehr streng vorgehen müssen, denn was sich nicht eignet, eignet sich eben nicht. Es hätte ja auch keinen Zweck, ein Kind weiter hier zu lassen, wenn man schon im voraus weiß, daß es für die Anstellung im Staatstheater-Ballett nicht in Frage kommt."

„Ist das nicht sehr hart?" frage ich. „Was tut so ein Kind, das doch nichts anderes gelernt hat als tanzen?" —

„Oh, für diese Vierzehnjährigen gibt es noch sehr viel Möglichkeiten im Tanzberuf. Ich kann Ihnen verraten, daß Zöglinge, die acht Jahre bei uns gelernt haben, in allen Tanzbetrieben, wie Revuen und Balletts, mit Kußhand aufgenommen werden. Denn daß unsere Ausbildung die beste ist, ist in Fachkreisen sehr wohl bekannt. — Nach bestandener Prüfung rücken unsere Schülerinnen in den Stand der Elevinnen auf und vom 18. Lebensjahr an werden sie staatlich angestellt."

„Und dann?" —

„Gehören sie zur Truppe des Ballets. Besondere Talente bringen es zur Solo-Tänzerin, wie z. B. Fräulein Lucia, die seit ihrer frühesten Kindheit bei uns ist und jetzt an der Ballettschule den tänzerischen Unterricht leitet ..."

(Copyright by Weil-Verlag, Berlin-Friedenau)

Das neue Siedlungsprogramm

Finanzierung durch Prämienanleihe

Reichskanzler Dr. Brüning wird unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Genf dem Reichspräsidenten den Entwurf einer inzwischen von den beteiligten Ressorts ausgearbeiteten Notverordnung vorlegen, in der die Ueberleitung der Osthilfe in eine neue große Siedlungsaktion geregelt wird. Im letzten Jahre wurden im Osten rund 8000 neue Siedlerstellen geschaffen und rund 400 000 Morgen von der Siedlung erfaßt. Das in diesem Jahre zu beginnende neue Siedlungsprogramm würde, bei starker Ausdehnung der Anlieger- und der Landarbeitersiedlung, etwa den fünffachen Umfang haben. Man rechnet damit, daß das Programm für das laufende Jahr außer den regulären Etatsmitteln eine Summe von rund 200 Millionen Mark erfordert, die durch eine steuerlich bevorzugte Prämienanleihe aufgebracht werden sollen.

Westarp interpelliert Brüning

in der Memelfrage

Graf Westarp (Konservative Volkspartei) wird nach Zusammentritt des Reichstages eine Interpellation einbringen, in der der Reichsaußenminister um Auskunft darüber gebeten wird, ob jetzt nicht der Zeitpunkt für Repressalien gegenüber Litauen, den Dr. Brüning in seiner Reichstagsrede sich vorbehielt, gekommen sei.

Ein offener Stahlhelm-Brief an Groener

Um den Geländesport

Der Jungstahlhelm-Bundeswart des Stahlhelms, Gärtnemann, veröffentlicht einen offenen Brief an Groener, in dem er Beschwerde über den preußischen Innenminister führt. Im Herbst vorigen Jahres habe sich unter dem Namen GVA. (Geländesport-Verbände-Arbeitsgemeinschaft) eine größere Anzahl deutscher Jugendverbände zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengefunden, die es sich zum Ziel setzte, in gemeinsamer Arbeit einheitliche Grundlagen für die geländesportliche Schulung ihrer Mitglieder zu schaffen. Die GVA. habe Wert darauf gelegt, sich vor endgültiger Ausarbeitung ihrer geländesportlichen Richtlinien mit dem Reichsinnenministerium ins Benehmen zu setzen. Um so befremdlicher müsse es erscheinen, daß Minister Severing vor einigen Wochen an den Leiter der GVA., Generalmajor a. D. Vogt, eine schriftliche Verfügung gerichtet habe, worin er bis auf weiteres der GVA. jegliche Betätigung untersagt habe, da gegen die GVA. der Verdacht militärischer Betätigung vorläge. Minister Severing habe sich vor Erlaß seiner Verfügung nicht mit der Reichsregierung ins Benehmen gesetzt. Reichsminister Groener wird dann um persönliches Eingreifen gebeten.

Zu dem Stahlhelmbrief an Groener wird vom Amtlichen Preußischen Pressedienst mitgeteilt, daß der Preußische Minister des Innern keineswegs die Absicht habe, die Bestrebungen zur sportlichen Ertüchtigung der Jugend irgendwie zu beeinträchtigen. Er könne es nur nicht dulden, daß unter dem Deckmantel von Sportvereinen andere Zwecke verfolgt würden. In den nächsten Tagen würden im übrigen mit den in Frage kommenden Stellen Erörterungen geführt werden, wie man es vermeiden könne, daß die eigentlichen Sportvereine mit unter den Maßnahmen gegen die lediglich zu Tarnzwecken als Sportvereine aufgezogenen politischen Organisationen zu leiden hätten.

Bekämpfung der Schwarzarbeit

Runderlaß des preußischen Handelsministers — Vereinbarungen zwischen Innungen und Arbeitsamt in Köln als Vorbild

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der Minister für Handel und Gewerbe soeben erneut einen Runderlaß an sämtliche Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten in Berlin gerichtet, in dem sie nochmals aufgefordert werden, der Bekämpfung der Schwarzarbeit ständig ihr Augenmerk zuzuwenden. Der Handelsminister weist darauf hin, daß zwischen dem Verband Kölner Innungen und dem Arbeitsamt Köln Vereinbarungen getroffen worden sind, die auch in anderen Bezirken als Vorbild dienen können.

Der Verband Kölner Innungen und das Arbeitsamt wollen zunächst die Oeffentlichkeit durch Pressenotizen in regelmäßigen Abständen über die Folgen der Schwarzarbeit für die Gesamtwirtschaft, den Schwarzarbeiter und den Auftraggeber unterrichten. Außerdem sollen alle Behörden und die großen Unternehmungen durch gemeinsame Schreiben des Verbandes der Innungen und des Arbeitsamtes veranlaßt werden, bei ihren Arbeitnehmern keine Schwarzarbeit zu dulden. Arbeitsamt und Innungsverband werden weiter ihre Erfahrungen aus der Verfolgung von Einzelfällen regelmäßig austauschen. Das Arbeitsamt wird ferner künftig die Vermittlung von Arbeitskräften an Berufsfremde unterlassen. Es wird also künftig nicht mehr möglich sein, vom Arbeitsamt Zuweisung von Arbeitslosen zu erhalten, die einen von vornherein bestimmten Auftrag bei einem berufsfremden Auftraggeber ausführen sollen. Schließlich haben Innungsverband und Arbeitsamt verabredet, künftig von Fall zu Fall zusammenzutreten und sich hieraus ergebende weitere Fragen gemeinschaftlich zu erörtern.

Letzte Drahtnachrichten

7400 Sprengkapseln gestohlen

Kommunistischer Sprengstoffdiebstahl in Troisdorf aufgeklärt

Wie die Kölner Kriminalpolizei mitteilt, wurde nach längeren Beobachtungen ein Angehöriger der KPD. festgenommen, der geständig ist, im Januar d. J. in einer Sprengstoffabrik in Troisdorf bei einem Einbruch 7400 Sprengkapseln gestohlen zu haben.

Die Angelegenheit gewinnt besondere Bedeutung durch die Tatsache, daß sich unter den weiter festgenommenen Personen der Leiter des Bezirks Mittelrhein der kommunistischen Partei wegen dringenden Verdachtes der Mittäterschaft an Sprengstoffverbrechen befindet.

Die Genfer Besprechungen des Reichskanzlers

Reichskanzler Dr. Brüning empfing am Donnerstag nachmittag Tardieu, mit dem er eine einstündige Besprechung über die aktuellen Fragen hatte. Für Samstag nachmittag ist eine Fortsetzung der Besprechung vorgesehen, zu der auch Staatssekretär von Bülow hinzugezogen werden soll.

Vorher hatte der Reichskanzler den belgischen Außenminister Hymans empfangen. Mittags nahm der Reichskanzler an einem vom englischen Luftfahrtminister Londonderry gegebenen Frühstück teil, bei dem außerdem noch einige Führer der Delegationen der Abrüstungskonferenz, u. a. Macdonald und Tardieu, anwesend waren.

Am Freitag vormittag wird Dr. Brüning eine Besprechung mit Macdonald haben. Im Anschluß daran werden mehrere Delegationsführer, darunter Tardieu und Macdonald, einer Einladung des Reichskanzlers folgen.

Die Unterredung Stimsons mit Tardieu

Amerika nicht für Bindungen in der Sicherheitsfrage zu haben

Die Besprechungen Stimsons mit Tardieu haben sich, wie wir aus Genf von amerikanischer Seite erfahren, ausschließlich auf die Abrüstungsfrage bezogen. Stimson hat jeden Versuch, auch die Reparationsfrage zu erörtern, von vornherein mit der Bemerkung abgelehnt, daß es sich hier um eine rein europäische Frage handele.

Stimson betonte, er sei nicht gekommen, um einen neuen Plan vorzulegen. Diese Erklärung konnte die französischen Befürchtungen wegen einer neuen amerikanischen Offensive auf der Abrüstungskonferenz zerstreuen. Sie bedeutete aber auch, daß Stimson sich auf keinerlei Bindungen in der von Frankreich immer wieder vorgeschobenen Sicherheitsfrage einlassen wolle. Stimson erklärte, daß Amerika gewiß kein Hindernis für eine regionale Organisierung der Sicherheit auf dem europäischen Kontinent sein wolle, daß aber die traditionelle Politik Amerikas keine Einmischung in die Angelegenheiten eines anderen Kontinentes zulasse. Auf die bestimmte Frage Tardieus, wie sich Amerika im Falle einer Völkerbundsaktion zugunsten eines angegriffenen Staates verhalten würde, erklärte Stimson, das hänge davon ab, welche Stellung die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten einnehmen würde. Wenn die Genfer Verhandlungen, betonte Stimson, zu keinem positiven Ergebnis führten, so werde das in der amerikanischen Oeffentlichkeit einen katastrophalen Eindruck machen; es werde dann sehr schwer sein, Amerika von der Ehrlichkeit und dem guten Willen der europäischen Staatsmänner zu überzeugen.

Diese offene Sprache Stimsons und vor allem die Publizität, die man ihr in amerikanischen Kreisen gibt, scheint darauf hinzudeuten, daß Amerika für den Fall eines Mißerfolges der Konferenz keine Zweifel darüber lassen wolle, wo die Verantwortlichkeit zu suchen sei.

Reichsfinanzminister Dietrich sprach in Dortmund

In einer Wahlversammlung der Deutschen Staatspartei in Dortmund führte Reichsfinanzminister Dr. Dietrich u. a. aus:

Ich habe volles Verständnis für die Geschichte und die Leistungen Preußens, und ich weiß, daß die preußische Geschichte das neue Deutsche Reich herbeigeführt hat und sie einmal ein Stück der Weltgeschichte sein wird. Ich würde mich immer dagegen wehren, wenn irgend jemand in einer Partei auf die preußische Vergangenheit schelten würde. Aber der Satz „Preußen muß wieder preußisch werden" ist falsch. Das Vergangene kehrt in der Geschichte nie wieder. Ich bin überzeugt, daß niemand glaubt, man könnte das preußische Dreiklassenwahlrecht und die Vorherrschaft einzelner Stände in dem alten Preußen, die völlig einseitige Zusammensetzung der Beamtenschaft wiederholen. Gegen die Mißstände, die, ausgehend von den Kriegsgesellschaften und der Inflation in der Wirtschaft eingerissen sind, ist in den vergangenen Jahren zweifellos angekämpf worden. Vor der Reichsregierung sowohl wie vor der preußischen Regierung und vor niemanden hat man halt gemacht. Der Vorwurf, Preußen hätte die Politik des Reiches sabotiert, ist völlig unbegründet. Den Beweis dafür, daß der Weltkrieg mit seinen Auswirkungen die Ursache unserer heutigen Schwierigkeiten ist, kann man leicht erbringen. Eine wirkliche Hilfe kann nur kommen, wenn nach außen eine Beruhigung eintritt und im Innern der Kampf der Parteien gedämpft wird und die Bürgerkriegsstimmung verschwindet.

Hugenberg über die Aufgaben der Deutschnationalen

Für ein neues Harzburg der praktischen Arbeit

Die drei Großberliner Landesverbände der DNVP. veranstalteten am Donnerstagabend im Sportpalast eine große Kundgebung, auf der Geheimrat Hugenberg die Stellung der Deutschnationalen zu den Nationalsozialisten umriß. Die Preußenwahlen müßten eine Mehrheit aus Deutschnationalen und Nationalsozialisten bringen, in der aber die DNVP. in ausschlaggebender Stärke vertreten sein müsse. Wer für die Mittelparteien stimme, vergeude sein Stimmrecht. Die Nationalsozialisten, betonte der Redner, würden sich einem neuen Harzburg der gemeinsamen praktischen Arbeit gar nicht entziehen können. Man sei es der Jugend und den Kindern schuldig, laut und ehrlich zu betonen, daß die Deutschnationalen nicht Nationalsozialisten seien und daß die Nationalsozialisten für sich allein und ohne die DNVP. die Aufgaben unserer Zeit nicht lösen könnten.

Die Kreuger-Affäre

Keine Fälschung der polnischen Monopolabkommen

Laut Mitteilung der Kreuger-Kommission in Stockholm sind die Befürchtungen über Fälschungen der polnischen Monopolabkommen unbegründet. Dagegen habe man ein fingiertes Abkommen von 1925 gefunden. Dieses Abkommen stehe jedoch in keinem Zusammenhang mit den oben erwähnten gültigen Abkommen und habe also keinen Einfluß auf die Beziehungen zwischen der schwedischen Gesellschaft und der polnischen Regierung.

Keine französische Stützung des Kreuger-Konzerns

Wie Kreuger zu der Fälschung italienischer Schatzanweisungen kam

Die Aufgabe des Bankdirektors Rydbecks in Paris, die französischen Banken für eine Stützung der produktiven Unternehmungen des Kreuger-Konzerns zu gewinnen, soll, wie die Stockholmer „Nya Dagligt Allehanda" aus Paris melden, als gescheitert zu betrachten sein.

Der römische Vertreter der „Dagens Nyheter" will aus bester Quelle erfahren haben, wie Kreuger auf die Idee kam, die italienischen Schatzanweisungen zu fälschen. Es scheine, als ob Kreuger der italienischen Regierung vorgeschlagen habe, neu herauszugebende Schatzscheine „en bloc" für 3 Milliarden Lire zu übernehmen. Die Schatzanweisungen sollten dem Käufer überreicht werden. Dieser sollte sich verpflichten, die Schatzscheine in gewissen Raten einzulösen. Die italienische Regierung habe jedoch den Vorschlag Kreugers glatt abgelehnt. Man behaupte jetzt, daß sich Kreuger danach entschlossen habe, die Schatzscheine zu fälschen.

Richtlinien für Zeitungsverbote

Groener zur Handhabung der Pressenotverordnung

Reichsinnenminister Groener hat nach Verhandlungen mit der Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse den Länderregierungen Richtlinien für die Handhabung der Pressenotverordnung gegeben, in denen es u. a. heißt:

Die Verordnungen zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen sollen nur politische Ausschreitungen bekämpfen. Sie können demnach auch nur auf eine solche Berichterstattung Anwendung finden, die durch die Art der Darstellung der Geschehnisse oder durch die an die berichteten Tatsachen geknüpften Betrachtungen oder die aus ihnen gezogenen Schlußfolgerungen die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gefährden geeignet sind. Besonders darf die sehr dehnbare Vorschrift des § 2 Absatz 2 Ziffer 2 der Verordnung vom 10. August 1931 nicht dazu verwendet werden, die freie Meinungsäußerung und eine selbst scharfe Kritik der Presse zu unterbinden, solange Meinungsäußerung und Kritik sich in den Grenzen der Sachlichkeit halten und nicht darauf abzielen, den Meinungsstreit mit unlauteren Mitteln zu führen. Daß ein Artikel in den Kreisen Andersdenkender Beunruhigung und Empörung hervorruft, genügt nicht zum Einschreiten; es muß die unmittelbare Gefahr einer Betätigung dieser Empörung (Zusammenstöße, Gewalttätigkeiten oder andere politische Ausschreitungen) hinzukommen. Daß es nicht Voraussetzung des Verbots,

Die Zahl der Arbeitslosen

ist im Zuge der jahreszeitlichen Entwicklung in der ersten Aprilhälfte um etwa 100 000,

seit Mitte März um rund 200 000 zurückgegangen.

Am 15. April waren bei den Arbeitsämtern rund 5 934 000 Arbeitslose gemeldet. Der Saisonbeginn brachte in den Außenberufen eine Verringerung der Zahl der Arbeitslosen um rund 138 000, während in den anderen, überwiegend von der Konjunktur abhängigen Berufsgruppen die Arbeitslosigkeit gestiegen ist.

Die Arbeitsaufnahme in den Saisonberufen hat sich für die Entlastung der Arbeitslosenversicherung stärker ausgewirkt als für die Gestaltung des Arbeitsmarktes, so daß seit Anfang April die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung um rund 231 000 auf rund 1 347 000 am 15. April zurückgegangen ist. Auch in der Krisenfürsorge ist zum ersten Male seit etwa Jahresfrist ein Rückgang der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger zu verzeichnen, und zwar um rund 23 000 auf rund 1 721 000.

Der Verband evangelischer Lehrer fordert den Schulbeirat

Zu der Frage der Ablösung der Elternbeiräte durch Klassen-Elternschaften nimmt der Verband deutscher evangelischer Lehrer und Lehrerinnen (Sitz Wuppertal-Barmen) in einer Erklärung Stellung. Nach einem Hinweis, daß nur durch Zusammenarbeit der Elternschaft mit der Schulgemeinde Gewähr gegeben sei für einen wahrhaften Schulfrieden, fordert er zum Wohle der Schule Beibehaltung der Einrichtung des Elternbeirates, der allein in der Lage sei, die Fühlung zwischen Schule und Elternhaus auszubauen. Darüber hinaus verlangt der Verband Ausbau des Elternbeirats zum Schulbeirat, in dem Elternschaft und Schulträger vertreten sein sollen und besondere Rechte, wie Vorschlagsrecht bei Besetzung von Lehrer- und Schulleiterstellen haben müßten.

Das Vorfahrtsrecht der Straßenbahn beseitigt

Aus der Sitzung des Reichsrates

Der Reichsrat stimmte am Donnerstagabend einer Aenderung der Verordnung über Warnungstafeln für den Kraftfahrzeugverkehr an Eisenbahnübergängen und einer Aenderung der Verordnung über den Kraftfahrzeugverkehr zu. Besonders umstritten war dabei die Aufhebung des unbeschränkten Vorfahrtsrechtes der Straßenbahn, die von Württemberg, Hessen, Lippe und einigen preußischen Provinzen bekämpft, aber trotzdem beschlossen wurde. Im übrigen sagte das Reichsverkehrsministerium baldige Verhandlungen mit den Ländern und dem Beirat für das Kraftfahrwesen über Höchstgewicht, Achsdruck, Bereifung usw. zu.

Annahme fand ferner eine von Preußen beantragte Verordnung zur Ueberleitung des Steuerbeitreibungsrechtes, wonach die Lohnpfändungsbeschränkungen auch für direkte persönliche Steuern, insbesondere Kirchensteuern, in keinem Falle gelten sollen. Schließlich genehmigte der Reichsrat die von der Reichsregierung vorgelegte Berechnung für den Ersatz der Kosten der Reichspräsidentenwahl an die Gemeinden gegen die Stimmen Bayerns und einiger anderer Länder. Diese hatten verlangt, daß der Berechnung nicht der Lebenshaltungsindex, sondern die tatsächlichen Kosten zugrunde gelegt werden sollten. Die Gemeinden erhalten ungefähr vier Fünftel der ihnen erwachsenen Unkosten vom Reich zurückvergütet.

Vorerst keine Wiederbesetzung des Gladbecker Oberbürgermeisterpostens

Zurückstellung bis zu einer „besseren Zeit"

Die Stadtverordneten von Gladbeck sollten sich am Donnerstag in einer geheimen Sitzung über die Wiederbesetzung des durch den Tod des bisherigen Oberbürgermeisters Dr. Jovy verwaisten Postens des Stadtoberhauptes schlüssig werden. Von der SPD. wurde als Kandidat der Regierungsrat und Kommunaldezernent bei der Regierung in Minden, Dr. Paul Zenz, vorgeschlagen, doch waren hiermit die Arbeitsgemeinschaft, die sich aus Kriegsbeschädigten, Evgl. Kommunaler Vereinigung, Deutschnationalen und Arbeiter- und Bauernpartei zusammensetzt, und die Kommunisten, die zusammen über 24 Stimmen verfügen, nicht einverstanden. Die Ablehnung der Wiederbesetzung wurde damit begründet, die Neubesetzung bis zu einer besseren Zeit zurückzustellen. Da SPD. und das gleichfalls für die Wahl von Dr. Zenz eintretende Zentrum nur 21 Sitze aufweisen, konnte eine Neuwahl nicht stattfinden. Die Leitung der Stadt Gladbeck bleibt also vorläufig in Händen des Bürgermeisters Dr. Korn.

SPD. und Kreugergeld — Ein Dementi

Gegenüber Behauptungen, daß die Sozialdemokratie von Ivar Kreuger durch Vermittlung Hilferdings als Provision für den Abschluß der bekannten Zündholzanleihe den Betrag von 3 bis 4 Millionen Mark erhalten habe, erklärt das sozialdemokratische Abendblatt „Der Abend": „Die Sozialdemokratie hat weder direkt, noch indirekt, weder als „Provision", noch unter sonst einer Marke irgendeinen Pfennig, geschweige mal Millionen Mark von Kreuger erhalten."

Was nützet mich

ein geglänzter Boden, wenn er nach wenigen Tagen wieder neu gewachst werden muß? Arbeit und Geld sind nutzlos vertan. — Anders mit Kinessa-Bohnerwachs. Sein harter, wasserunempfindlicher Spiegel-Glanz hält wochen- und monatelang; er kann wiederholt naß gewischt werden. Dabei reicht eine Pfunddose für ca. 80 qm (5—6 Zimmer). Für die Pflege von Parkett und Linoleum gibt es nichts Vorteilhafteres als

KINESSA
BOHNER-WACHS

G. H. Behlmer Jakobistr. 2 u. Rathausstr. 16
H. W. Oberwinter hinterm Rathaus,
Franz Kerstin, Eisenwaren-Großhandlung.

Margarine-Sonderverkauf!

Zur Einführung unserer hervorragend schmeckenden Qualitätsmarke

Hills 60 in Gold mit Gutschein geben wir bei einem Einkauf von einem Pfund Margarine

„Hills 60"

Freitag u. Samstag dieser Woche

½ Pfund **gratis!**

Hill A. G. bekannte Verkaufsstellen.

Weiter empfehlen wir unsere weiteren vorzüglichen Margarinesorten:

Hills Tafel mit Salz (mit Gutschein)	1/1 Pfd.	**50** Pf.
Neutral mit Salz	1/1 „	**27** „
Nelke mit Salz	1/1 „	**40** „
Neutral mit Salz lose	Pfund	**50** „
Unsere Hausmarke ohne Salz	1/1 Pfd.	**50** Pf.

. . . . und alles mit **5% Rückvergütung.**



Natürlich eine „Miele".

Sie wissen doch: Wenn Vater waschen müßte, kaufte er noch heute eine ‚Miele'. Sehen Sie sich bei Oberwinter, dem Mann hinterm Rathaus, einmal die verschiedenen Miele-Waschmaschinen an! Sie werden bestimmt etwas Passendes finden. Und dann die Preise. Sie sind den heutigen Verhältnissen angepaßt. Oberwinter zeigt Ihnen gern Alles ohne Kaufzwang.

Frische Eier:

kauft wöchentlich

Prov. Blind-Anstalt.

Unübertroffen in Lösung
KERNSEIFE
muß Ihr Ausruf sein:
LUHNS
besagen, wie denn ist sie
„Din nuss'n"

Garant'ol

vorzüglich zum Eier einlegen
Beutel 45 und 75 Pfg.
mit 5% Rabatt
Curt Stolper
Ulricherstraße 4 und Filialen.

EISU- Stahl- u. Holz- **Betten**
Schlafzim., Kinderbett., Stahlmatr., Chaisel., an jeden. Teilz. Katal. fr.
Eisenmöbelfabrik Soest (Westf.)

Der letzte Appell:

Rot-Preußen wird gestürzt

Zu diesem Thema sprechen:

Der **ehemalige Oberführer der SA** und aus Staatsdiensten entlassene Lehrer **Pg. Schepmann, Bochum,** und der Bezirksleiter von Arnsberg **Pg. Husing**

am **Sonnabend,** dem 23. April 1932, abends 8,15 Uhr auf dem **Schützenhof** zu Soest.

Eintritt: Person 50 Pfg., Erwerbslose 20.
Vorverkauf: Ulricherstr. 54, Zeitungsstand, Walter Olszewski Brüderstraße.

NSDAP., Ortsgruppe Soest

Lichtburg Soest

Wieder ein Spitzenfilm der Ufa! Ab heute bis einschl. Dienstag:



singt:

„Ich weiß nicht zu wem ich gehöre"

Das Schicksal zweier Menschen wird geschildert, erdgebundener schwacher, unvollkommener Menschen.

Hierzu: Ein tön. Beiprogramm

Vorführungszeiten: Freitag und Samstag 5,30 und 8,15 Uhr. Sonntags durchgehend von 2—11 Uhr. Montag und Dienstag um 8 Uhr, Kassenöffnung 7,30 Uhr.

Wundervolles

Irmler Klavier

wie neu, spottbillig abzugeben

Domp's Pianohaus
Münster (Westf.)

Samstagmorgen 8,30 Uhr
Freibankfleisch.
Die Schlachthofverwaltung

Wolf-Kultivator



zum Aufreißen, zum flachen und tiefen Lockern und Lüften aller Bodenarten.
Verlangen Sie Aufklärungsschriften!

FRANZ KERSTIN.

Freundlich.

Zimmer

ganz in d. Nähe vom Brüdertor, sof. oder zum 1. Mai gesucht. Ang. unter Nr. 2478 an die Gesch. erb.

3 räumige Wohnung in Soest

mit allen Bequemlichkeiten und Gasbenutzung von alleinstehender Dame (pension.) z. 1. Juni oder später gesucht. Angeb. unt. Nr. 2479 an die Gesch. d. Bl. erbeten.

Zwei ältere Damen suchen sof. oder zum 1. Mai eine abgeschl.

4 Zimmerwohnung

einschl. Küche. Nicht außerhalb. Ang. mit Preisang. u. Nr. 2469 an die Gesch.

Für mein Aenderungs-Atelier suche ich per sofort einige tüchtige

Schneiderinnen zur Aushilfe.

Kaufhaus Rosenbaum, Soest.

Hederich-Kainit Kalkstickstoff Düngekalk

und sämtliche Sorten

chem. Dünger

vorrätig

Carl Torley

Bohnenstangen, Erbsruten, Baumpfähle

äußerst billig.

Holzhandlung Schnettler,
Osthofenstraße 5,
Telefon 70.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie für die zahlreichen Kranzspenden beim Heimgang unserer lieben Entschlafenen

danken wir herzlich.

Familie Dietrich Schmidt.

Soest, im April 1932.

Oeffentliche Versammlung der Deutschen Volkspartei

Samstag, den 23. April, 20 Uhr im Centralhotel

Staatsminister a. D. Dr. Boelitz.

Spitzenkandidat der D. V. P. spricht über:

Die Deutsche Volkspartei im Kampfe um deutsche Kultur und um die Erhaltung des Berufsbeamtentums.

Freie Aussprache.

Das **gute ausgebackene**
Knäpper-Brot
ist beliebt geworden. Wer
Knäpper-Brot
einmal probiert hat, nimmt es immer wieder.
Stets frisch zu haben bei

Hill A.-G.
Soest
Am Seel, Conradstr. und Niederbergheimerstr.

Bekanntmachung

Der Laden in dem städt. Hause **Marktstraße 12** nebst gewerblichen Nebenräumen, welcher bis jetzt von dem Kaufmann Otto Dahlhoff — Pianohandlung — benutzt wird, wird vom **1. Mai ds. Js. ab** mietfrei.

Angebote auf Anmietung des Ladens nimmt der Magistrat — Grundstücksverwaltung entgegen.

Soest, den 21. April 1932.

Der Magistrat.

Wer Preußens Elend hat gesehn
kann nie mehr mit Marxisten geh'n.
Not haben die genug gebracht
Drum wählen alle

Liste 8

Hitlerbewegung.